


<http://www.laender-analysen.de/russland/>
ARBEITSPROTESTE, PUTINS AMTSZEITEN, PRESSEFREIHEIT

■ VON DER REDAKTION		
На дачу – in die Sommerpause	2	
■ ANALYSE		
Arbeitsprotest, Organisation und Klassenpolitik in Russland	2	
Jeremy Morris (Universität Aarhus)		
■ ANALYSE		
Die jüngsten Arbeitsproteste im russischen Gesundheitswesen	6	
Petr Bizyukov		
(Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg)		
■ STATISTIK		
Arbeitsproteste in Russland	9	
■ ANALYSE		
Eine lange Zeit in der Politik	12	
Edwin Bacon		
(University of Lincoln, Vereinigtes Königreich)		
■ UMFRAGE		
Volksbefragung zur Verfassungsänderung	17	
Vertrauen in Politiker	18	
■ DOKUMENTATION		
Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen zum Redaktionswechsel bei der Wirtschaftszeitung Wedomosti	19	
■ DEKODER		
Redaktionswechsel und der Exodus der Journalisten	20	
Pjotr Mironenko und Irina Malkowa (The Bell)		
■ STATISTIK		
Covid-19 in Russland	23	
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 30. Mai – 21. Juni 2020	29	
■ CHRONIK		
30. Mai – 20. Juni 2020	34	

На дачу – in die Sommerpause

Die Russland-Analysen machen wie üblich im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 390 – erscheint voraussichtlich am 18. September 2020. Gemeinsam mit den anderen Länder-Analysen ist sie im September dem Schwerpunkt »Armut, Reichtum, soziale (Un-)Gerechtigkeit« gewidmet. Ferner sind Ausgaben zu Themen wie De-facto-Staaten sowie Agrarpolitik und Agrobusiness geplant. Vorerst wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

ANALYSE

Arbeitsprotest, Organisation und Klassenpolitik in Russland

Jeremy Morris (Universität Aarhus)

DOI: 10.31205/RA.389.02

Zusammenfassung

Das russische Arbeitsgesetzbuch von 2001 hat zwar die Wirkung von Arbeitsprotesten und ähnlichen Aktionen in Russland eingeschränkt, doch stellen Aktivitäten dieser Art weiterhin ein wichtiges Barometer für wirtschaftliche Unzufriedenheit dar. Insbesondere im Automobilsektor haben kämpferische Gewerkschaften nach 2007 einige Erfolge feiern können. Arbeitsproteste haben sich auch auf den Dienstleistungssektor und den öffentlichen Bereich ausgeweitet, am markantesten im Gesundheitswesen und in der Transportbranche. Das ist nicht nur auf einen sozialen und wirtschaftlichen Wandel zurückzuführen – etwa die Schwäche der russischen Wirtschaft seit 2009 –, sondern auch auf die nivellierenden Folgen von Reformen, die die Professionalität der Arbeit im öffentlichen Sektor reduziert und Proteste dieser Art wahrscheinlicher gemacht haben. Allerdings spielen auch die informelle Wirtschaft und die Klassenpolitik im Allgemeinen eine Rolle und haben auf die Wahrscheinlichkeit von Protesten weitgehend eine dämpfende Wirkung.

An die Oberfläche treten

Klassenpolitik in Russland sticht sehr stark durch ihre Abwesenheit in den Mainstream-Medien und sogar in der akademischen Forschung hervor. Daher erhalten sozialer Aufruhr, insbesondere Arbeitsproteste, entweder nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdienen, oder sie werden derart dargestellt und interpretiert, dass sie auf todgeweihte Industrien aus der Sowjetzeit und nicht lebensfähige Monostädte beschränkt sind. Letztere sind ein Überbleibsel und Produkt der sowjetischen Städteplanung, bei dem in einer Stadt ein einziger Industriezweig den Großteil der Beschäftigten ernährte. Hinzu kommt, dass durch das Arbeitsgesetzbuch von 2001 Streiks erschwert wurden: Für Aktionen dieser Art ist eine Abstimmung aller Beschäftigten und nicht nur unter den Gewerkschaftsmitgliedern erforderlich. Zudem sind Streiks in vielen Wirtschaftssektoren illegal. Die Gesetzgebung behinderte auch den Prozess einer

Ablösung der verbliebenen, konservativen Gewerkschaften, die die Sowjet-Ära hinterlassen hat, durch aktivere Gewerkschaften.

Sozialer Unmut ist dabei niemals gänzlich verschwunden. Das Monitoring des *Zentrums für soziale und Arbeitsrechte* (www.trudprava.ru) zeigt interessante Entwicklungen auf, die in den letzten Jahren entstanden sind: Arbeitsauseinandersetzungen gehen über die traditionellen Industrien hinaus und finden jetzt auch im Dienstleistungssektor und im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt, vor allem bei Ärzten und medizinischem Personal statt. Diese Proteste machen deutlich, dass sehr unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten zunehmend über die gleichen Probleme klagen, angefangen bei einer Intensivierung der Arbeit und den Autonomieverlust, der mit dem technologischen Wandel und neoliberalen Reformen einhergeht, bis hin zu den traditionellen Sorgen wie geringer Bezahlung, schlechten

Arbeitsbedingungen sowie Gesundheits- und Sicherheitsfragen. Während ein drastischer Sozialdarwinismus sogar den alltäglichen Diskurs zu beherrschen scheint, wobei ein Portrait von Verlierern der langfristigen sozio-ökonomischen Veränderungen gezeichnet wird, die es nicht anders verdient hätten, haben die Klagen von qualifizierten Fachkräften und einfachen Arbeitern zunehmend etwas gemein. Dies verweist auf die fundamentalen Unzulänglichkeiten der staatlichen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Industriepolitik. Arbeitskonflikte sind in den vergangenen Jahren sichtbarer geworden, weil sie sich von den traditionellen Schauplätzen wie etwa den Bergwerken oder den Fabriken in die öffentlichen Räume der Städte verlagert haben, wo die Aktionen von Mitarbeitern des Gesundheitssystems, von Taxifahrern oder Kurieren schwerer zu übersehen sind. Das restriktiv ausgelegte Arbeitsgesetzbuch hatte ironischerweise zur Folge, dass die Konflikte, die ausbrechen, nun stärker sichtbar werden: Da formale Aktionswege versperrt sind, greifen frustrierte Beschäftigte auf soziale Medien zurück, die zunehmend Resonanz schaffen. Auch setzt man nun auf (legale) Demonstrationen von Einzelpersonen, die leicht zu organisieren sind und wenig Kosten verursachen.

Protest der Arbeiterklasse

Ungeachtet des Rückgangs in der Industrie und dem relativen Anstieg des Lebensstandards, den die meisten Menschen in Russland nach 2000 erfuhren, hat es weiterhin, bis heute, kollektive Protestaktionen in Fabriken gegeben. In der Tat hat es seit 2007 – besonders in der Automobilindustrie – eine Zunahme von neuen aktivistischen Gewerkschaften gegeben, die effizient neue Mitglieder rekrutieren und organisieren und die sich dem Kapital entgegenstellen. Ironischerweise war es der international aufgestellte Volkswagen-Konzern – zu Hause ein Musterbeispiel für Mitbestimmung über Betriebsräte –, wo diese Gewerkschaften am wirksamsten waren. Für den Erfolg war eine Reihe von Faktoren wichtig: der Versuch der Eliten und des ausländischen Kapitals, die Löhne während der Finanzkrise (nach einer Phase wirtschaftlichen Wachstums in den 2000er Jahren) niedrig zu halten; die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo junge, gesunde und qualifizierte Fabrikarbeiter gefragt sind; die Struktur des Automarkts, wo Fahrzeuge allein für den Binnenmarkt produziert werden und die einheimische Produktion nicht durch Importe kompensiert werden kann; die Verwundbarkeit der Industrieparks, in denen Zulieferbetriebe und Montageanlagen geographisch eng beieinander liegen und Streiks leicht übergreifen können; der Umstand, dass erfolgreiche Strategien aus anderen Werken leicht von entschlossenen Aktivisten wiederholt oder aufgegriffen werden können; und das schnelle »institution-

nelle Lernen«, also das Phänomen, dass Institutionen genau wie Menschen von den Erfahrungen anderer lernen können, das hier auf neue Gewerkschaften zutrifft, die nicht durch ideologische oder organisatorische Altlasten gebremst werden.

Zu betonen ist, dass diese Streiks in den Autowerken sich qualitativ von den Protesten in anderen Fabriken unterscheiden, die im gleichen Zeitraum stattfanden und in den Medien sehr viel mehr Aufmerksamkeit erfuhren. 2009 und 2010 hatten spontane Proteste von Bewohnern kleiner Monostädte mit nur einer Fabrik für Aufmerksamkeit gesorgt, weil ein Eingreifen durch Präsident Putin inszeniert wurde. Bei diesen Protesten kam es zu Straßenblockaden und Petitionen an die Regierung wegen Rückständen bei der Lohnauszahlung in fast bankrotten oder höchst unwirtschaftlichen Werken, denen es an Investitionen mangelte. Rückstände bei Lohnauszahlungen waren zwar in den 1990er Jahren der wichtigste Grund für sozialen Unmut, doch ist dieses Phänomen nie gänzlich verschwunden. In der Zeit der weltweiten Finanzkrise war es zunehmend zu Arbeitsniederlegungen, Streiks ohne Anführer, Straßenblockaden, Hungerstreiks und anderen »unorganisierten« Arbeitsprotesten gekommen, die dann wieder abnahmen. Sie pendelten sich dann auf einem Niveau von landesweit rund einem Konflikt jede zweite Woche ein, das bis heute Bestand hat. Da diese Konflikte in Monostädten weit weg von Moskau erfolgten, erfahren sie wenig Beachtung. Darüber hinaus werden sie leicht mit dem Versprechen bewältigt, dass sich der Staat einschalten werde, auch wenn es dann für gewöhnlich nur zu kosmetischen und kurzfristigen Veränderungen kommt. Mit der Zeit lösen sich diese Proteste auf und verlieren an Wirksamkeit, weil sich die demographische Situation ändert, Menschen aus kleineren Städten wegziehen und jene, die nicht wegziehen können, durch eine Betätigung in der »informellen Wirtschaft« die extrem geringen Löhne zu kompensieren versuchen.

Die Rolle der informellen Wirtschaft

Wenn wir verstehen wollen, wie es in Russland zu Protesten unter den Schwächsten der Gesellschaft kommt, oder vielmehr, warum diese eher nicht an den prekärsten und hoffnungslosesten Orten des Landes stattfinden, lohnt sich einige Worte über den informellen Bereich der Wirtschaft. Der Begriff »informelle Wirtschaft« umfasst eine Anzahl recht unterschiedlicher wirtschaftlicher Tätigkeit, einschließlich dessen, was gewöhnlich als »schwarze Wirtschaft« oder »Schwarzarbeit« bezeichnet wird. Wichtig ist, dass sie in Russland nicht nur sehr umfangreich ist – mit 30 – 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die nur teilweise oder überhaupt nicht vom Staat registriert werden –, sondern auch eine große Menge unterschiedlicher Men-

schen aus verschiedenen sozio-ökonomischen Segmenten der Gesellschaft in ihren Bann zieht. Archetypisch ist der Taxifahrer in der Provinz, der eine »Zigeunerkutsche« hat und in seiner Freizeit Taxi fährt. Er zahlt eine Gebühr an den Besitzer einer halblegalen »Taxizentrale«, die ihm die Bestellungen weiterleitet. Er selbst hingegen arbeitet ausschließlich gegen bar, ohne Anstellung, Steuern oder Versicherung. Während die Regierung ständig Kampagnen und Maßnahmen zur Bekämpfung unverteuerter Einkommen ankündigt, lässt sich unterhalb der Ebene der Zentralregierung leicht erkennen, warum für Kommunalverwaltungen und sogar für Regionalregierungen wenig Kapazitäten oder Anreize, ja in der Tat sogar eher erhebliche negative Anreize bestehen, gegen informell Selbstständige oder Beschäftigte vorzugehen. Ein Vorgehen irgendeiner Art würde sehr bald offenlegen, wie dicht viele Millionen Menschen an der Schwelle zur völligen Armut leben. Zweitens bietet dieses Vorgehen zur Legalisierung oder Bestrafung bislang für eine Kommunalregierung keine einnahmebezogene Rechtfertigung, Mittel für deren Durchsetzung aufzubringen. Schließlich sind sie mit sehr viel Verantwortlichkeiten belastet, die sie nicht hinreichend finanzieren können.

Angehörige der Mittelschicht stellen zwar nur einen geringen Teil der Bevölkerung (vielleicht nur 10 – 15 %), doch sind sie in Bezug auf unversteuerte Einkommen von Bediensteten aus der »Arbeiterklasse« ein erheblicher Faktor. So sind bei vielen gut ausgebildeten Fachkräften Babysitter, Reinigungskräfte, Nachhilfelehrer, Köche und Fahrer angestellt – auf Teilzeitbasis sowie gegen bar und ohne schriftliche Verträge. Hier lohnt es sich, erneut der bedingten Bedeutung von »Klassen«-Zuordnung im heutigen Russland nachzugehen. Viele Fachkräfte aus der Mittelschicht in anderen europäischen Ländern sind mit ihrem Gegenüber in Russland nicht vergleichbar, da in Russland die »echte« Mittelschicht sich eher als eine »Oberschicht« herausgebildet hat. Sie kann sich jetzt eine ganze Reihe von Bediensteten leisten, allerdings nur Kraft der sozialen Norm der informellen Beschäftigung. Das schafft wiederum eine große Gruppe prekär beschäftigter informeller Arbeiter, von denen die meisten gleichzeitig woanders eine weitere miserabel bezahlte Arbeit haben. Dieses Beschäftigungs-Portfolio ist Soziologen wohl bekannt: Es war seit Beginn der postsowjetischen Ära ein Weg, die wirtschaftliche Ungewissheit zu bewältigen. Man kann sich leicht vorstellen, wie Bewohner kleiner Industriestädte trotz ausbleibender Lohnzahlungen zurechtkommen, indem sie informell arbeiten. Zu diesem Problem habe ich seit geraumer Zeit geforscht.

Proletarisierte Fachkräfte

Für ein stärker nuanciertes Verständnis über arbeitsbezogene Proteste ist es unumgänglich, die verschiedenen

Entwicklungen bei der objektiven Zuordnung zu Klassen zu analysieren. Zwar ist die Resonanz der Gewerkschaft »Ärzteallianz« (die 2018 gegründet wurde und hauptsächlich jenseits der großen Städte arbeitet) und deren Politisierung seit der Coronakrise offensichtlich, da die Ärzteallianz zunehmend von den Behörden attackiert wird (<https://meduza.io/en/feature/2020/04/03/russian-doctors-union-leader-arrested-twice-and-beaten-by-police-for-delivering-masks-to-medical-staff-fighting-covid-19>). Allerdings möchte ich hier auf die Entprofessionalisierung hinweisen, die es in den vergangenen Jahren beim medizinischen Personal gegeben hat, weil die russische Regierung neoliberale Reformen des öffentlichen Sektors vorantrieb, wie sie auch in vielen anderen Ländern zu beobachten sind. Mein Argument ist hier, dass Ärzte, Lehrer und einige andere staatliche Angestellte sich wohl als Teil der Mittelschicht wahrnehmen mögen, während sich ihre tatsächlichen Arbeitsbedingungen und ihre Bezahlung seit den 2010er Jahren derart verschlechtert haben, dass dies praktisch einer Proletarisierung gleichkam.

Was bedeutet das und warum ist es wichtig? Während die überwiegend weiblichen Berufe der Krankenschwester und der Lehrerin in der UdSSR und in Russland stets schlecht bezahlt waren, hat es in den 2000er Jahren einige Bemühungen gegeben, die Gehälter über das Inflationsniveau anzuheben. Diese Reform war allerdings nur Stückwerk; in jüngerer Zeit sehen sich viele öffentliche Angestellte den Folgen eines rücksichtlosen Deals gegenüber: Das Grundgehalt, das zuvor oft nur in der Nähe des Existenzminimums lag und kaum zum Überleben reichte, wurde zwar erheblich angehoben, doch werden andere Komponenten des Gesamtpakets – die sogenannten *nadbawki* (»Zuschläge«), die traditionell einen erheblichen Teil des Gesamteinkommens ausgemacht hatten und wie selbstverständlich gezahlt wurden – nun sehr viel willkürlicher gewährt. Sichtbares Beispiel hierfür waren die »Bonuszahlungen«, die dem medizinischen Personal, das während der Coronakrise arbeiten musste, versprochen wurden. Es gibt Belege, dass die regionalen Gesundheitsbehörden (die größten Arbeitgeber für Ärzte) durch den Einsatz von Abrechnungstricksereien bei der Vielzahl von Gehaltskomponenten in der Lage waren, die Gehälter niedrig zu halten, während die Zentralregierung große Gehaltserhöhungen verkünden konnte. Wir haben es hier mit einem weiteren Beispiel systemimmanenter Widersprüche der Regierungsführung in Russland zu tun: Das Ministerkabinett stellte im April 2020 Gelder für Bonuszahlungen an medizinisches Personal bereit (über eine halbe Milliarde US-Dollar) und einen Monat später gab es bereits viele Berichte, dass Zahlungen ausgeblieben sind. Es ist ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke der Zentralregierung, dass das Ermittlungskomi-

tee (im Grunde eine Antikorruptionsbehörde) nur in einigen wenigen Fällen und nur stückchenweise Straf Ermittlungen eingeleitet hat.

Die anhaltende Praxis extrem geringer Bezahlung im öffentlichen Sektor, die nicht dazu angetan ist, die soziale Reproduktion zu befördern, ist der wichtigste Faktor. Weniger bekannt ist jedoch die fortschreitende Erosion der Autonomie und der Arbeitsplatzsicherheit. Dies sind weitere wichtige Aspekte, deren kompensatorische Wirkung die früher fehlende Protestneigung dieser Beschäftigten erklärt. »Kontrolle über jemandes Arbeit« ist ein starkes Merkmal zur Unterscheidung von Gruppen, selbst wenn die finanzielle Entlohnung nicht mehr so differenziert ist. Die Reformen jedoch, die seit 2012 zur »Optimierung« der Sozialpolitik unternommen wurden, gingen mit drastischen Entlassungen und der Schließung von Schulen und Krankenhäusern, größerer Arbeitsbelastung, verstärkter Reglementierung der Arbeit und einer Beschäftigung auf Vertragsbasis anstelle von Arbeitsplatzsicherheit einher. Darüber hinaus führen die anhaltenden ökonomischen Probleme der russischen Wirtschaft und die fortgesetzten Haushaltseinschnitte durch die Regierung beim öffentlichen Sektor zu einer intensiveren Konkurrenz um »gute« Jobs. Um eine Arbeit zu finden, ist es schon immer wichtig gewesen, die richtigen Verbindungen zu haben. Jetzt ist es aber so, dass selbst sehr qualifizierte Fachkräfte – wenn sie nicht »die richtigen Leute kennen« – ihre Jobs an andere verlieren können, die nepotistisch von ihren Vorgesetzten eingestellt werden.

Insgesamt ist bei der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung in den vergangenen Jahren eine Nivellierung nach unten zu beobachten gewesen. Das bietet umtriebigen Politikern eine Gelegenheit, auf die allgemeine Verelendung einer riesigen Bevölkerungsmehrheit in Russland zu verweisen. Der populistische Oppositionelle Alexej Nawalnyj hat sich erst spät dieser »Partei« angeschlossen. Dass er sich seit kurzem auf Gewerkschaftsthemen und die Bezahlung im öffentlichen Sektor konzentriert, ist eine rationale Antwort auf die Ungültigkeit, die Inkompetenz und den Zynismus der poli-

tischen Elite. Nawalnyj ist allerdings nur schwerlich als Figur vorstellbar, um die sich unterschiedliche Interessen und Klassenpositionierungen scharen würden. Er ist weiterhin nur für eine Minderheit eine Gallionsfigur, und sogar nur für einen Teil der urbanen Mittelschicht. Wahrscheinlicher ist da, dass – verspätet – die Fesseln für den Haushalt gelockert und gewisse echte Anreize geschaffen werden. Allerdings ergibt sich, wie erwähnt, aus der Inkohärenz der russischen Regierungsführung und den ineffizienten Mechanismen zur Umsetzung von Politik (die weit von der »Handsteuerung« entfernt sind, auf die der Kreml gern verweist), eine eher geringe Wahrscheinlichkeit, dass die nun proletarisierte Mehrheit der russischen Arbeiter – sei es nun in der Fabrik oder im Büro – bei ihren Lebens- oder Arbeitsstandards irgendwelche realen Verbesserungen erleben werden. Arbeitsbezogene Proteste dürften also intensiver werden, wie auch die Reaktion der Behörden hierauf, die eher in Zwangsmaßnahmen denn in Zugeständnissen bestehen dürften. Bislang ist auf keiner der Seiten institutionelles Lernen zu beobachten – mit der teilweisen Ausnahme der Arbeiter in der Autoindustrie und in anderen Unternehmen, die in einem Bereich arbeiten, der von der Gewerkschaft MPRA (Interregionale Gewerkschaft »Arbeitervereinigung«) abgedeckt wird (<https://www.opendemocracy.net/en/odr/union-busting-russian-style-mpra/>). Kuriere von Essenslieferdiensten und Taxifahrer der Über-Kategorie haben in den vergangenen Monaten ihre potenziellen Fähigkeiten zur Selbstorganisation unter Beweis gestellt. Sie sind lediglich eine extreme Variante von Arbeitern in höchst unsicherer Lage. Aktivisten von Organisationen, die bei der Entwicklung von Gewerkschaften in der Autoindustrie eine zentrale Rolle gespielt haben, dürfen sich zwar formal nicht an Aktionen von Ärzten oder Mitarbeitern von Fastfood-Restaurants beteiligen. Ihr aktives Eingreifen ist aber auch gar nicht nötig, da neue Gewerkschaften von dem Ansatz der MPRA lernen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Jeremy Morris ist Associate Professor für Global Studies an der Universität Aarhus und Russland-Spezialist. Er hat viel über Politik und Wirtschaft im Alltagsleben Russlands nach 2000 geschrieben und publiziert auf postsocialism.org einen Blog mit wissenschaftlichen und aktuellen Inhalten über die russische Gesellschaft.

Lesetipps

- Christensen, P. T.: Labor Under Putin, in: New Labor Forum, 26. 2017, Nr. 1, S. 64–73.
- Crowley, S.; I. Olimpieva: Labor Protests and Their Consequences in Putin's Russia, in: Problems of Post-Communism, 65.2018, Nr. 5, S. 344–358.
- Morris, Jeremy; S. Hinz: Trade Unions in Transnational Automotive Companies in Russia and Slovakia: Prospects for Working class power, in: European Journal of Industrial Relations, 23. 2017, Nr. 1, S. 97–112.
- Morris, Jeremy: Everyday Post-Socialism: Working-Class Communities in the Russian Margins, Basingstoke: Palgrave 2016.

Die jüngsten Arbeitsproteste im russischen Gesundheitswesen

Petr Bizyukov (Soziologisches Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg)

DOI: 10.31205/RA.389.03

Zusammenfassung

2019 war ein Jahr, das in der jüngeren Geschichte der Arbeitsproteste in Russland heraussticht. Zu beobachten war eine beeindruckende, sehr starke Zunahme von Protesten im Gesundheitswesen und eine massive Zunahme von Aktionen in diesem Sektor. Diese Protestaktionen kamen allerdings nicht überraschend und wurden durch eine ganze Reihe von Gründen ausgelöst. Die ständig zunehmenden Proteste im Gesundheitswesen können bis zu dem extremen Schritt reichen, dass Ärzte kündigen. Die Formen des Protests sind allerdings begrenzt und der Druck auf das Personal ist hoch.

Verteilung der Arbeitsproteste über die Sektoren

Das vergangene Jahr 2019 stellt in dem zwölfjährigen Beobachtungszeitraum des *Monitorings der Arbeitsproteste* eine einmalige Phase dar. Entscheidend war nicht einmal das gesamte Jahr, sondern vor allem die zweite Jahreshälfte, als es zu einer drastischen Zunahme der Aktionen von Mitarbeitern im Gesundheitswesen kam. Das wichtigste Moment bestand in einer veränderten Verteilung der Proteste über die Sektoren hinweg. Unerwarteterweise wurde das Gesundheitswesen hier zur »führenden Branche« und behielt diesen Spitzenplatz auch 2020 bei (s. Tabelle 1 und Grafik 1 auf S. 9/10). In den traditionell protestfreudigen Branchen – der Industrie und dem Transportwesen – kommt es weiterhin zu vielen Aktionen; an der Spitze lag jedoch das Gesundheitswesen, und zwar wegen der explosionsartigen Zunahme der Aktionen des medizinischen Personals. Dieser Anstieg im Gesundheitswesen war derart groß, dass er sich nicht nur auf die veränderte Verteilung über die Branchen auswirkte (der Sektor liegt dort jetzt an der Spitze), sondern auch auf die Gesamtzahl aller Proteste, die Ende 2019 und Anfang 2020 registriert wurden.

Anzahl und Bewertung der Proteste im Gesundheitswesen

Die Daten zur Anzahl der Arbeitsproteste von 2008 bis 2020 im Gesundheitswesen, einschließlich spontaner Arbeitsniederlegungen, zeigen die veränderten Relationen der Proteste in den verschiedenen Branchen. Den größeren Teil dieses Zeitraumes betrug die Zahl der Proteste nie mehr als 40 Aktionen pro Jahr. Im Jahr 2019 hingegen organisierte medizinisches Personal 108 Aktionen in 35 Regionen des Landes. Das Besondere ist hier, dass es in keiner Sparte des öffentlichen Sektors je eine solche Menge Aktionen gegeben hat, und auch keinen derart starken Anstieg.

Die explosionsartige Zunahme von Protesten im Gesundheitswesen trat erst in der zweiten Jahreshälfte

zu Tage. Die Tendenz zunehmender Proteste hatte allerdings sehr viel früher eingesetzt, nämlich bereits im Mai 2017. Diese Entwicklung blieb lange Zeit kaum bemerkbar und die Veränderungen waren nicht groß. Seit Ende 2018 begann die Intensität der Proteste zuzunehmen und erreichte in der zweiten Hälfte 2019 kritische Werte.

Gründe für die Proteste im Gesundheitswesen

Im Rahmen des Monitorings konnten Informationen darüber gewonnen werden, was die Mitarbeiter im Gesundheitswesen zu Protesten nötigt; auch lassen sich die Gründe im Vergleich mit anderen Branchen analysieren (s. Grafik 2 auf S. 10). Die Proteste im Gesundheitswesen unterscheiden sich in erster Linie durch die Art der Beweggründe. Ausbleibende Lohnzahlungen, die vor allem bei Mitarbeitern in anderen Branchen für Unmut sorgen, betreffen das medizinische Personal nicht so sehr. Für die Mitarbeiter dort sind es die geringe Bezahlung, die Politik der Leitung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung medizinischer Einrichtungen und die dadurch bewirkten Entlassungen und Stellenkürzungen. Von ganz beträchtlichem Gewicht sind hier Gründe wie Veränderung (sprich: Verschlechterung) der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsablaufs. Wenn man ausbleibende Zahlungen unberücksichtigt lässt, sind alle anderen Aspekte der Arbeitsverhältnisse im Gesundheitswesen zu Gründen für Proteste geworden.

Bei der Untersuchung der Kausalstruktur der Proteste wird ein Wert ermittelt, der die Anzahl der bei einer Aktion geäußerten Protestgründe widerspiegelt. Mit diesem lässt sich die Situation wie folgt charakterisieren: Entweder protestieren die Menschen nur aus einem einzigen Grund oder gleich aus einer ganzen Reihe von Gründen. Je mehr Gründe es gibt, desto schwieriger ist die Lage, die sie zum Protest zwingt. Im Gesundheitswesen hat es 2019 – 2020 nur bei 25 Prozent der Aktionen einen einzigen Grund gegeben, der als Anlass vorgebracht wurde. In den anderen Fällen waren es mehr

Gründe. In anderen Branchen liegen die Zahlen anders: Dort erfolgt ein großer Teil der Proteste aus nur einem Grund (58 %).

Diese Zahlen zeigen, dass sich die Verhältnisse im Gesundheitswesen von denen in anderen Branchen unterscheiden, und zwar den Gründen nach, wie auch auf Grund der schwierigen Situation, die dazu nötigt, nicht nur einen Grund, sondern gleich mehrere vorzubringen. Es liegt auf der Hand, dass dies eine Folge der vielen wirtschaftlichen und organisatorischen Veränderungen der letzten Jahre ist, die allenthalben in der Branche erfolgen, der Kampagnen zur Schließung und Umstrukturierung von medizinischen Einrichtungen, der Stellenkürzungen und der Ausgabenkürzungen, die zu Gehaltskürzungen und Einschnitten bei den sozialen Sicherungsleistungen für medizinisches Personal führen.

Protestformen im Gesundheitswesen

Das Besondere der Proteste im Gesundheitswesen liegt in dem Umstand, dass es den Mitarbeitern dort verboten ist, Streiks zu organisieren, also die Arbeit niederzulegen. Das wirkt sich auf die Formen aus, in denen sie ihren Unmut und ihre Empörung ausdrücken (s. Grafik 3 auf S. 11).

Wichtigstes Ausdrucksmittel für Protest sind hier Versammlungen oder Konferenzen, auf denen die Forderungen formuliert und vorgelegt werden. Die zweithäufigste Form, die gleichsam als Verstärker der ersten dient, sind Appelle an die Behörden über den Kopf der unmittelbaren Vorgesetzten hinweg. Die Probleme werden hier also über die Grenzen der lokalen Organisation hinaus auf eine höhere Verwaltungsebene getragen. Bei diesen Methoden übertreffen die Mitarbeiter medizinischer Einrichtungen ihre Kollegen in anderen Sektoren beträchtlich. Angestellte im Gesundheitswesen können nicht streiken. Dennoch kommt auch diese Protestform vor und es sind meistens die Rettungswagenfahrer, die recht häufig auf Grund von Outsourcing die Belegschaft medizinischer Einrichtungen verlassen müssen und deshalb zu diesem Mittel greifen. Sie arbeiten dann an gleicher Stelle in den gleichen Rettungswagen weiter. Da sie nun aber formal nicht mehr zum Gesundheitswesen gehören, haben sie zwar die Zuschläge und Sicherungsleistungen aus diesem Sektor verloren, unterliegen aber auch nicht mehr dem Streikverbot und setzen daher dieses Mittel von Zeit zu Zeit ein.

Es gibt eine Protestform, die gleichermaßen von medizinischem Personal und Mitarbeitern anderer Branchen eingesetzt wird. Das sind Versammlungen und Demonstrationen außerhalb der Unternehmen. Dieses Protestmittel steht allen zur Verfügung, und die Mitarbeiter im Gesundheitswesen nutzen es genauso häufig wie andere auch. Allerdings gibt es eine weitere Form, die sich in der Tat als »medizinertypisch« bezeichnen lässt. Gemeint ist die Antwort »etwas anderes«, die uns

bei der Umfrage gegeben wurde. Hierhin gehörten die vielen Fälle, dass Mitarbeiter im Gesundheitswesen entlassen wurden oder aus Protest ihre Kündigung einreichten. Diese Form hatte es früher nur recht selten gegeben und wurde daher nicht als eigene Form geführt. In letzter Zeit jedoch ist unter den medizinischen Mitarbeitern – die ja in den Mitteln, mit denen sie ihrem Unmut Luft machen können, eingeschränkt sind – diese radikale Form immer häufiger anzutreffen.

Insgesamt mag das Repertoire der Protestformen im Gesundheitswesen nicht radikal erscheinen: Es gibt fast keine Streiks, und noch seltener superradikale Protestformen wie Hungerstreiks und Blockaden der Arbeitsstellen. Das lässt sich nur dadurch erklären, dass es im Gesundheitswesen Beschränkungen gibt und man dort gezwungen ist, akzeptable Methoden zu finden, um seinen Ärger und seine Empörung kund zu tun. Darüber hinaus sollte das Fehlen radikaler Protestformen nicht so verstanden werden, dass für die Mitarbeiter im Gesundheitswesen alles in Ordnung ist und es keinen Anlass für Proteste gibt.

Der Organisationsgrad der Proteste

Der Organisationsgrad der Proteste hängt davon ab, wie stark Gewerkschaften oder andere Organisationen in die Protestaktionen der Mitarbeiter involviert sind. Ein beträchtlicher Teil der Aktionen erfolgt jedoch ohne Beteiligung von Organisationen oder spontan bzw. unorganisiert, wobei die Mitarbeiter ohne große Vorbereitung vorgehen und ihr Engagement nicht planen. Die Hauptsache ist jedoch, dass diese Proteste auf eine sofortige Lösung der Probleme abzielen, da es kein institutionelles Gremium gibt, das verantwortliche Verhandlungen führen und die Beschlüsse zur Lösung des Problems kontrollieren könnte. Spontane, nichtorganisierte Proteste führen nicht nur selten zur Erfüllung der Forderungen der Mitarbeiter, sie können auch dazu führen, dass sich Konfliktsituationen wiederholen und reproduzieren, und zwar aus den immer gleichen Anlässen.

Insgesamt ist der Anteil an nichtorganisierten Protesten traditionell hoch und schwankt zwischen 35 Prozent 2013 und 63 Prozent 2018, also im Bereich von einem bis zwei Dritteln. Im Gesundheitswesen ist 2019 und 2020 der Anteil der spontanen Aktionen recht hoch (41 und 39 %), auch wenn er in anderen Branchen noch höher war (58 und 61 %). Dort erfolgen spontanen Aktionen deshalb, weil es in vielen Fällen keine Gewerkschaften gibt. Im Gesundheitswesen hingegen gibt es Gewerkschaften, darunter die sehr große *Gewerkschaft der Mitarbeiter im Gesundheitswesen* (PRS), die eine Mitgliedsorganisation der *Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands* (FNPR) ist und praktisch in allen öffentlichen medizinischen Einrichtungen vertreten ist. Daher ist die Anzahl der Proteste, die die

Mitarbeiter im Gesundheitswesen *ohne* Beteiligung der Gewerkschaften veranstalten, überaus bemerkenswert.

Das Paradoxe dieser Situation besteht darin, dass neben der PRS, einer Gewerkschaft aus dem FNPR, in diesem Sektor zwei weitere Gewerkschaften recht aktiv sind, nämlich die Gewerkschaft *Dejstwiye* («Handlung»), die Teil der *Konföderation der Arbeit Russlands* (KTR) und die *Ärzteallianz* (AW), die sich als unabhängig positioniert, obgleich sie in der öffentlichen Meinung recht fest mit dem oppositionellen Politiker Alexej Nawalnyj in Verbindung gebracht wird. Diese Gewerkschaften organisieren Proteste des medizinischen Personals im ganzen Land und beteiligen sich aktiv daran. Dabei ist zu beachten, dass es Fälle gab, in denen an den Protesten auch gesellschaftliche und politische Organisationen beteiligt waren, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

2019 ist die Gewerkschaft *Dejstwiye* am aktivsten gewesen. Sie war an 45 Prozent aller nichtspontanen, also organisierten Proteste im Gesundheitswesen beteiligt. Die zweitaktivste war die *Ärzteallianz*, während die PRS nur minimal aktiv war. Zudem stand letztere nicht immer auf der Seite der Mitarbeiter. Von der *Ärzteallianz* und *Dejstwiye* sind einige gemeinsame Aktionen bekannt. 2020 ist *Dejstwiye* im gleichen Maße aktiv geblieben, während die Aktivität der *Ärzteallianz* sich verstärkte.

Betrachtet man insgesamt das Organisationsniveau der Proteste im Gesundheitswesen, ist hervorzuheben, dass die Aktivität bei den Protesten derart hoch ist, dass man den Eindruck bekommt, als reichten drei Gewerkschaften nicht aus, um alle Fälle zu erfassen. Dabei sticht die Passivität der PRS ins Auge, jener Gewerkschaft, die die meisten Mitglieder und die größte Anzahl von Basis- und Regionalorganisationen hat. Selbstverständlich wissen die Mitarbeiter, die die Proteste anstoßen, von der Existenz dieser Gewerkschaft. Sie sehen aber keinen Sinn darin, sich an sie zu wenden, und halten sie für ein nutzloses und mitunter schädliches Gebilde. Diese Einstellung erstreckt sich zum Teil auch auf andere Gewerkschaften, die sich dann gezwungen sehen, negative Haltungen ihnen gegenüber zu überwinden, auch wenn sie nicht gerechtfertigt sind. Darüber hinaus sind diese Gewerkschaften nicht besonders mitgliederstark und verfügen nicht über jene beeindruckende organisatorische Basis, wie die PRS eine hat. Betont werden muss auch, dass manchmal sowohl *Dejstwiye*, wie auch insbesondere die *Ärzteallianz* unter heftigen Druck nicht nur seitens der Arbeitgeber, sondern auch der Behörden und der Polizei geraten, die sogar gewaltsam gegen Gewerkschaftsführer vorgeht. Das erschwert natürlich deren Tätigkeit, fördert die Verbreitung spontaner Proteste und engt die Möglichkeiten für eine konstruktive Lösung der vielen und drängenden Probleme im Gesundheitswesen ein.

Ergebnisse der Proteste

Die Arbeitsproteste enden nur selten damit, dass die Forderungen der Mitarbeiter erfüllt werden (s. Grafik 4 auf S. 11). Sowohl im Gesundheitswesen, wie auch in anderen Sektoren geschieht es nur äußerst selten, dass die Forderungen vollständig erfüllt werden. Sehr viel häufiger ist eine teilweise Erfüllung das Ergebnis: Auszahlung nur eines Teils der ausstehenden Löhne oder Gehälter; Lohnerhöhungen nicht im vollen geforderten Umfang usw. Noch häufiger allerdings bleiben die Forderungen der Protestierenden ohne jedes Resultat, nämlich bei jedem zweiten Protest. Hier gibt es keine bedeutenden Unterschiede zwischen dem Gesundheitswesen und anderen Sektoren. In zwei Fällen ist allerdings ein erheblicher Unterschied zu beobachten. In erster Linie geht es um das häufigste Ergebnis der Proteste, also um die Fortführung von Verhandlungen. Ein solches Ergebnis erscheint paradox. Schließlich sind gescheiterte Verhandlungen gewöhnlich der Anlass für Proteste, und nicht umgekehrt. Die Praxis in Russland sieht heute anders aus: Protest ist jetzt eine Art Eintrittskarte zu Verhandlungen: Nur dann, wenn sie die Ernsthaftigkeit seiner Absichten bewiesen haben, können die Mitarbeiter damit rechnen, dass man ihren Forderungen Gehör schenkt.

In der Praxis gelingt es im Gesundheitswesen in drei von vier Fällen, durch Proteste solche Verhandlungen zu erreichen und eine Protestsituation in einen Dialog hinüberzuführen. Im Grunde ist der Protest im Gesundheitswesen die erste Phase der Auseinandersetzung, eine Art notwendiges Präludium, um in einen Dialog mit den Arbeitgebern treten zu können. Mitarbeitern in anderen Sektoren gelingt das seltener, nämlich nur bei jedem zweiten Protest. Es gibt eine zweite Besonderheit: Im Gesundheitswesen sehen sich die Mitarbeiter sehr viel häufiger als in anderen Sektoren einem Druck gegen jene ausgesetzt, die es wagen, ihren Unmut offen zu äußern. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schwierig die Situation im Gesundheitswesen ist. Schließlich lässt sich Druck auf Mitarbeiter als ein erstes Zeichen von Hilflosigkeit der Verwaltung verstehen.

Schlussfolgerungen

Die Daten über die Arbeitsproteste im Gesundheitswesen zeigen, wie schwer und wie angespannt die Lage dort ist. Die 2019 rapide angestiegene Zahl der Proteste und das anhaltend hohe Niveau der Protestaktivität in diesem Sektor ist ein Beleg dafür, dass sich über lange Zeit Probleme angestaut haben und es eine qualitativ neue Situation gibt, in der Mitarbeiter nicht mehr bereit sind, eine weitere Verschlechterung der Bedingungen hinzunehmen. Vor dem Hintergrund der anderen Sektoren erscheint das Gesundheitswesen als Epizentrum der Protestaktivität und die größte Quelle sozialer Spannungen im Arbeitsbereich. Die Reihe der Protestgründe

erscheint dabei recht gewöhnlich, fast schon normal für eine Marktwirtschaft. Die Mitarbeiter wenden sich nicht gegen Verzögerungen bei der Lohnauszahlung, die nicht nur den Prinzipien der Marktwirtschaft widersprechen, sondern unmittelbar gegen das Gesetz verstoßen, sondern fordern völlig normale Dinge: Gehaltserhöhungen; Schutz gegen die endlosen Umstrukturierungen und Optimierungen; bessere Arbeitsbedingungen usw. Dabei sind die Mitarbeiter im Gesundheitswesen darin beschränkt, ihren Unmut auszudrücken. Die Massengewerkschaften sind untätig und die Menschen sind zu Protesten gezwungen, um wenigstens Gehör zu finden. Die Missstände, Probleme und Konflikte in diesem Sektor sind derart verbreitet, dass trotz dreier Gewerkschaften, von denen zwei sehr aktiv sind, ein großer Teil der Proteste aus spontanen Aktionen besteht, die keine systemische, institutionelle Auflösung der entstandenen Widersprüche ermöglichen.

Über den Autor

Petr Bizyukov ist Soziologe und befasst sich seit über dreißig Jahren mit der Erforschung der Arbeitsbeziehungen, der Gewerkschaftsbewegung, Arbeitskonflikten und Streiks. Er war an einer Vielzahl russischer und internationaler Forschungsprojekte beteiligt. 2008 schuf er das *Monitoring der Arbeitsproteste* (<http://www.trudprotest.org>), dessen Ergebnisse die Grundlage für diesen Beitrag bilden. Er ist assoziierter Wissenschaftler des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften (St. Petersburg).

Das alles hat das Gesundheitswesen zu einem gefährlichen Herd sozialer Spannungen gemacht, an dem es eine Vielzahl Probleme gibt, für die kein angemessener Regulierungsmechanismus bereitsteht. Durch die Pandemie, die viele Probleme ans Tageslicht befördert hat – vor allem Fragen der Arbeitsbedingungen und der Versorgung mit Schutzausrüstungen – hat sich die Lage verschärft. Gleichzeitig hat die Pandemie für einige Zeit die bestehenden Probleme in den Arbeitsbeziehungen in den Hintergrund treten lassen. Wir können jedoch mit Bestimmtheit annehmen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass nach Abschluss der akuten Phase der Pandemie die aufgeschobenen Beschwerden wieder aktuell werden und es zu einer neuen Zuspitzung im Verhältnis der Mitarbeiter mit ihren Arbeitgebern kommt, äußerst groß ist.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

STATISTIK

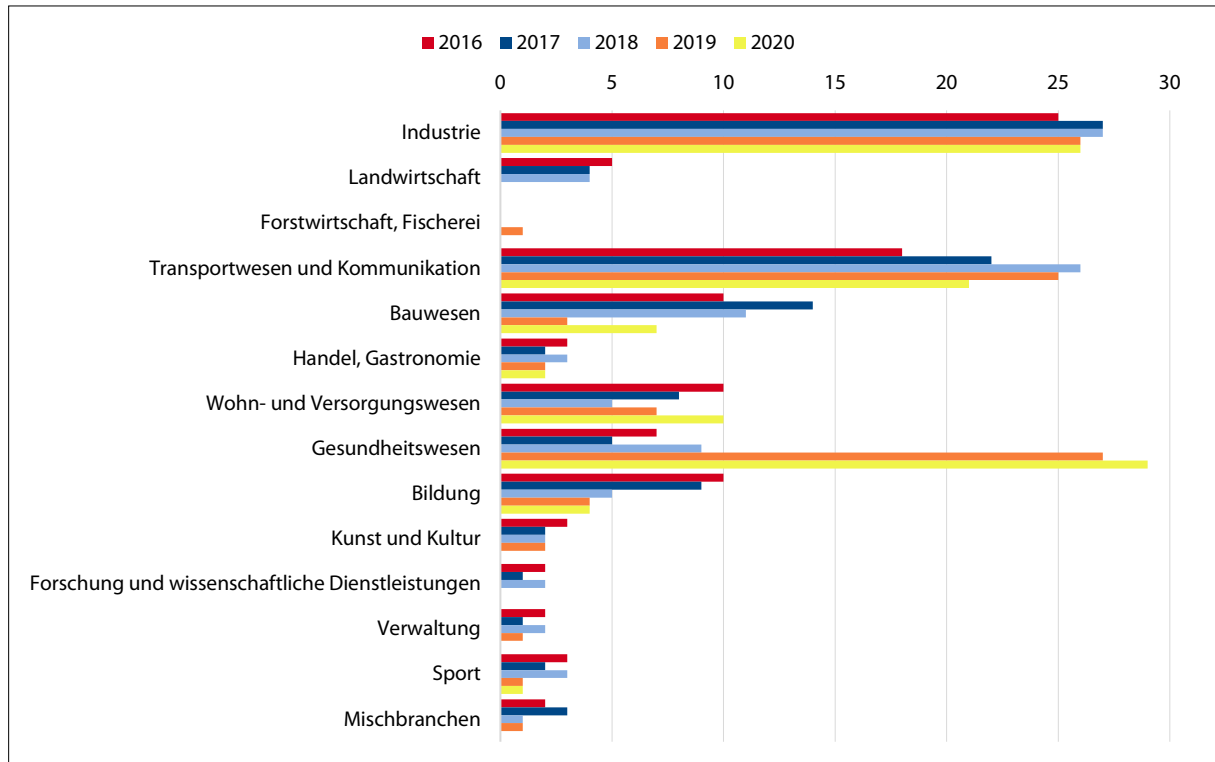
Arbeitsproteste in Russland

Tabelle 1: Verteilung der Arbeitsproteste über Wirtschaftssektoren 2016 – 2020 (in Prozent der Gesamtzahl der Proteste)

	2016	2017	2018	2019	2020
Industrie	25	27	27	26	26
Landwirtschaft	5	4	4		
Forstwirtschaft, Fischerei				1	
Transportwesen und Kommunikation	18	22	26	25	21
Bauwesen	10	14	11	3	7
Handel, Gastronomie	3	2	3	2	2
Wohn- und Versorgungswesen	10	8	5	7	10
Gesundheitswesen	7	5	9	27	29
Bildung	10	9	5	4	4
Kunst und Kultur	3	2	2	2	
Forschung und wissenschaftliche Dienstleistungen	2	1	2		
Verwaltung	2	1	2	1	
Sport	3	2	3	1	1
Mischbranchen	2	3	1	1	

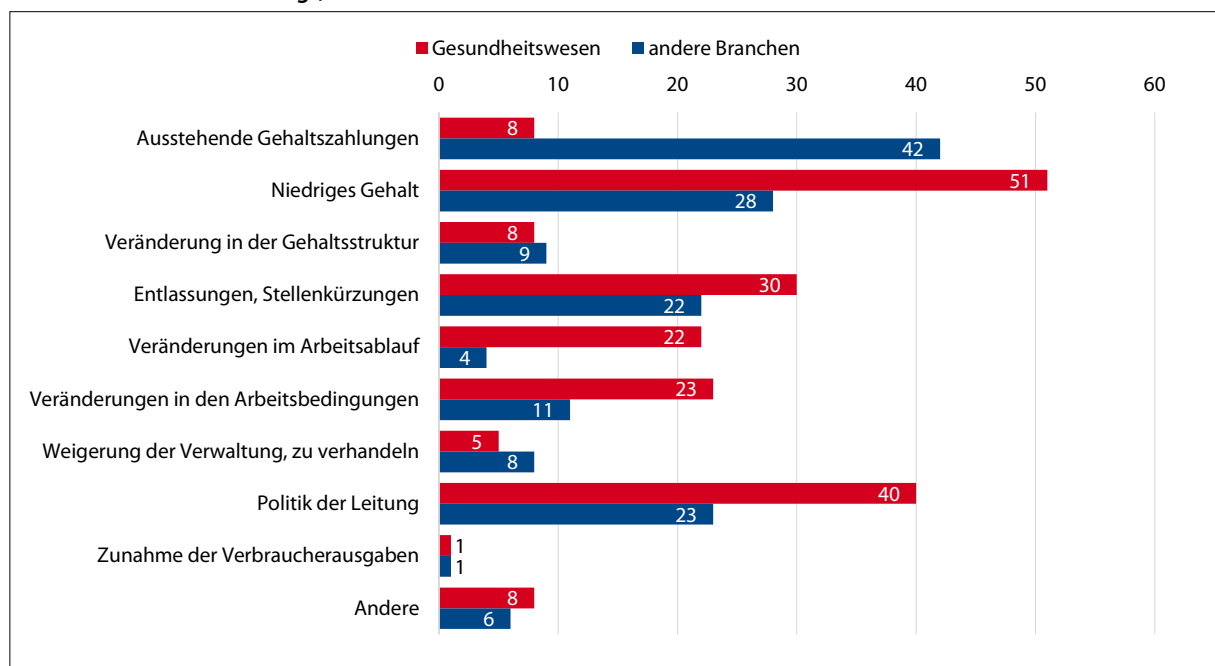
Anmerkung: Hier und im Weiteren sind für das Jahr 2020 die Daten für das erste Quartal angegeben.

Grafik 1: Verteilung der Arbeitsproteste über Wirtschaftssektoren 2016 – 2020 (in Prozent der Gesamtzahl der Proteste)



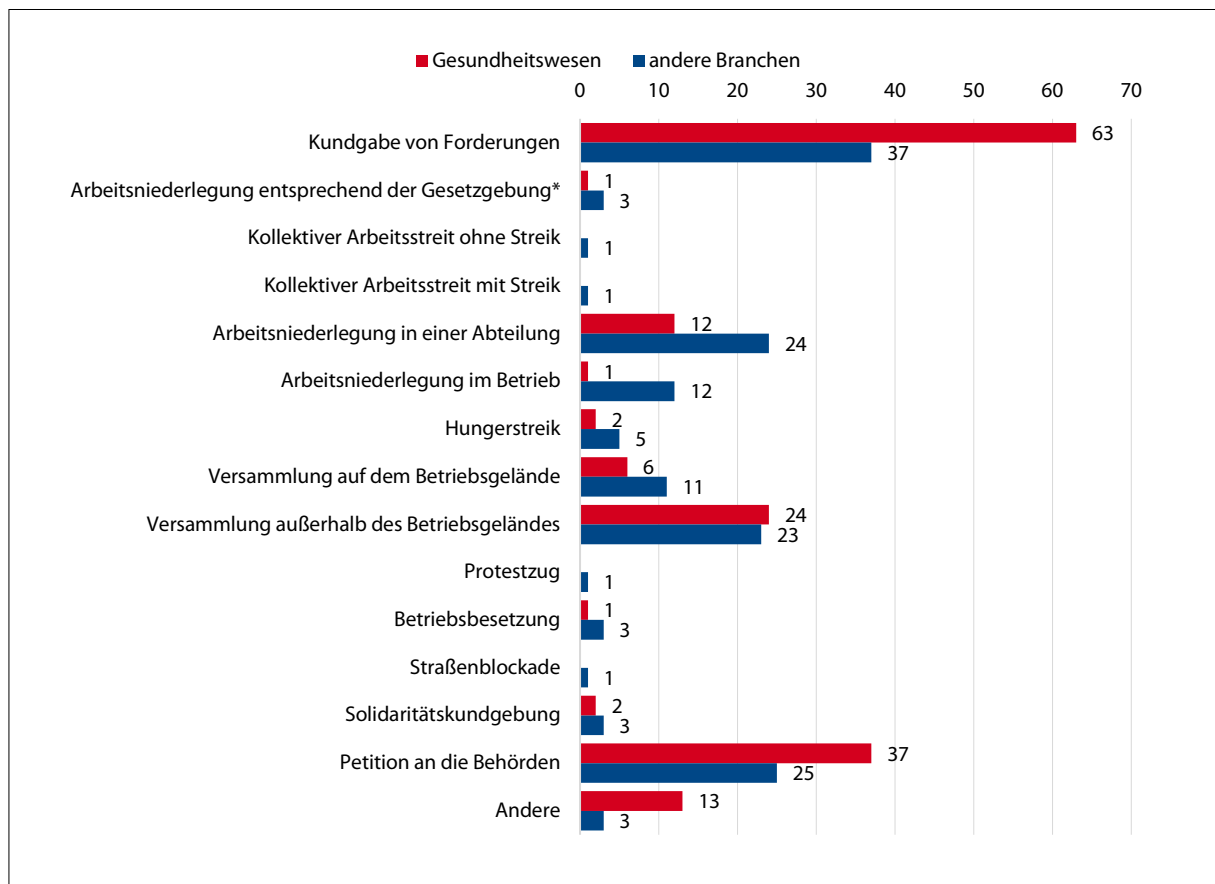
Anmerkung: Hier und im Weiteren sind für das Jahr 2020 die Daten für das erste Quartal angegeben.

Grafik 2: Gründe für Arbeitsproteste im Gesundheitswesen und in anderen Sektoren 2019 und 2020 (% der Proteste; im Rahmen eines Protestes können mehrere Gründe vorliegen, weswegen die Gesamtsumme über 100% liegt)

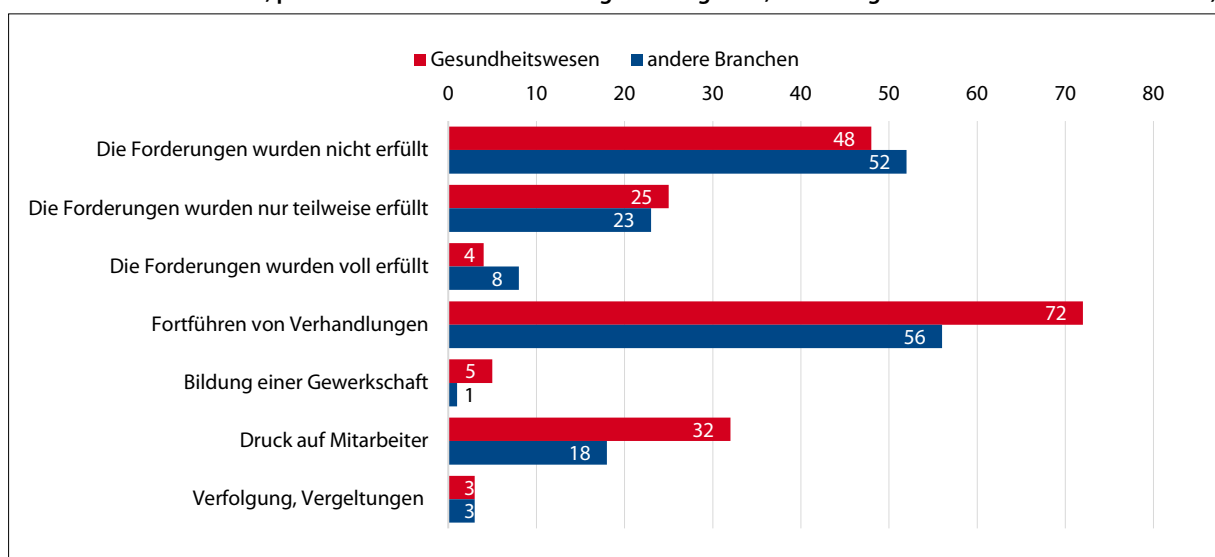


Anmerkung: Die Daten für 2019 und das erste Quartal 2020 sind der Anschaulichkeit halber zusammengeführt worden, da es keine erheblichen Unterschiede gibt.

Grafik 3: Formen von Arbeitsprotesten im Gesundheitswesen und in anderen Sektoren 2019 und 2020. (% der Proteste, im Rahmen eines Protestes können mehrere Formen vorliegen, weswegen die Gesamtsumme über 100% liegt)



Grafik 4: Ergebnisse der Arbeitsproteste 2019 – 2020 (% der Fälle, in denen sich ein bestimmtes Ergebnis feststellen ließ, pro Protest kann es mehrere Ergebnisse geben, daher liegt die Gesamtsumme über 100 %)



Eine lange Zeit in der Politik

Edwin Bacon (University of Lincoln, Vereinigtes Königreich)

DOI: 10.31205/RA.389.04

Zusammenfassung

Zeit lässt sich in der Politik auf verschiedene Art messen. Während einschneidende Ereignisse in nur kurzer Zeit die politische Landschaft verändern können, zeigt uns Präsident Putin, was er in den vergangenen zwei Jahrzehnten für ein beständiger Staatsführer gewesen ist, was er unter Stabilität versteht, welche Veränderungen er bei den Vorstellungen hinsichtlich der Identität vorgenommen hat, und was Familienwerte damit zu tun haben. Mit Hilfe der Datenbank *Worte des Präsidenten*, erfahren wir, welche Worte des Präsidenten aktuell Gewicht haben, und welche verschwunden sind.

Kontinuität und Brüche

Dem früheren britischen Premierminister Harold Wilson (der 1964 – 1970 und 1974 – 1976 im Amt war) wird der Satz »eine Woche ist in der Politik eine lange Zeit« zugeschrieben. Wenn eine Woche politisch eine lange Zeit ist, dann sind die zwei Jahrzehnte der bisherigen Ära Putin in Russland ein ganzes Jahrhundert.

Beschäftigt man sich etwas philosophischer mit Wilsons Spruch, sollte die Unterscheidung zwischen kairologischer und chronologischer Zeit beachtet werden. Um es ganz einfach darzulegen: Erstere bezieht sich auf Diskontinuität, letztere auf Kontinuität. Worauf Wilsons berühmter Satz anspielt, ist kairologische Zeit, und zwar insbesondere die Vorstellung, dass innerhalb einer kurzen Zeitspanne, einer Woche, ein Ereignis eintreten kann, das zum Bruch und Wandel einer stabilen Kontinuität führt. Chronologische Zeit hingegen bezieht sich auf die unermüdliche lineare Abfolge von Tagen, Wochen und Jahren.

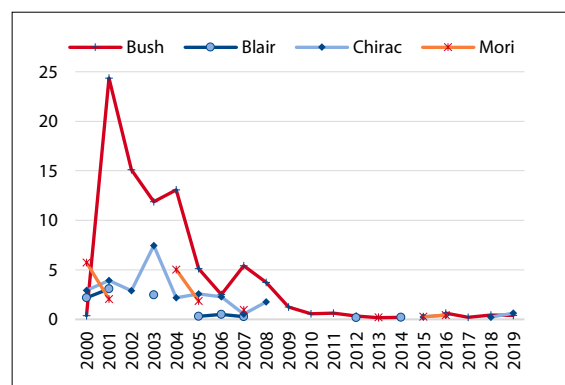
Bei der Arbeit mit der Datenbank *Die Worte des Präsidenten* (<https://putin.dekoder.org/worte>), mit der sich die Worte der Präsidenten Russlands aus 20 Jahren analysieren lassen, ergibt sich ein chronologischer Blick. Wir können vergleichen, was dem russischen Präsidenten zu Beginn des 21. Jahrhunderts wichtig war, und was ihm heute wichtig ist. Das zentrale legitimierende Narrativ der Putin-Jahre trägt zwar die Überschrift »Stabilität«, doch interessiert mich hier viel mehr, was sich verändert hat. In diesem kurzen Beitrag arbeite ich einige Worte des Präsidenten heraus, die aus dem Gebrauch verschwunden sind, wie auch einige derjenigen, die hinzugekommen sind.

Stetige Staatsoberhäupter

Der Umstand, dass Wladimir Putin im modernen Russland derart lang an der Macht oder in dessen Nähe blieb, wäre sehr bemerkenswert, wenn dies in einer Demokratie nach westlichem Muster erfolgen würde. Sämtliche Staats- und Regierungschefs im Westen, die 2000 im

Amt waren und sich eine Erwähnung durch den frisch gewählten Präsidenten verdient hatten, sind jetzt von der Bühne verschwunden und werden nur im Falle ihres Ablebens mit einer Äußerung Putins bedacht, wie etwa Jacques Chirac 2019.

Grafik 1: Vorkommen der Schlüsselwörter »Bush«, »Blair«, »Chirac« und »Mori« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)

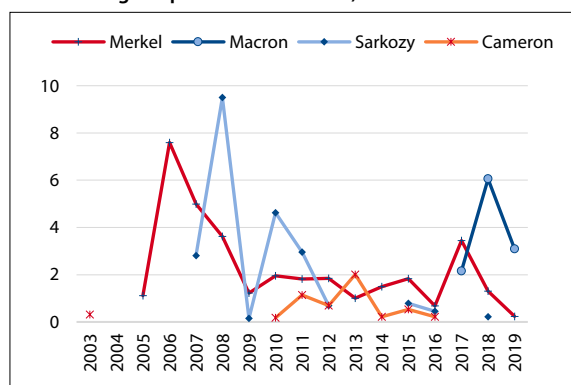


Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekoder analysiert (<https://putin.dekoder.org/worte>).

Angela Merkel, seit 2005 deutsche Bundeskanzlerin, ist diejenige westliche Regierungschefin, die Putin hinsichtlich ihrer Zeit an der Macht am nächsten kommt. Ihr Vorgänger Gerhard Schröder wird trotz seiner in den Medien kolportierten Nähe zu Wladimir Putin in den *Worten des Präsidenten* nicht erwähnt. Merkel, die drei Viertel der Zeit, die von der Datenbank abgedeckt wird, präsent ist, fällt allerdings regelmäßig gegenüber dem französischen Präsidenten ab, rangiert aber fast immer vor dem britischen Premierminister.

Lassen wir allerdings die vier Jahre unberücksichtigt, in denen Dmitrij Medwedew Präsident war und Putin Ministerpräsident (2008 – 2012), könnte man argumentieren, dass Wladimir Putin und Angela Merkel eine ähnlich lange Zeit an der Spitze der Macht waren, Putin

Grafik 2: Vorkommen der Schlüsselwörter »Merkel«, »Macron«, »Sarkozy« und »Cameron« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2003–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von Dekoder analysiert (<https://putin.dekoder.org/worte>).

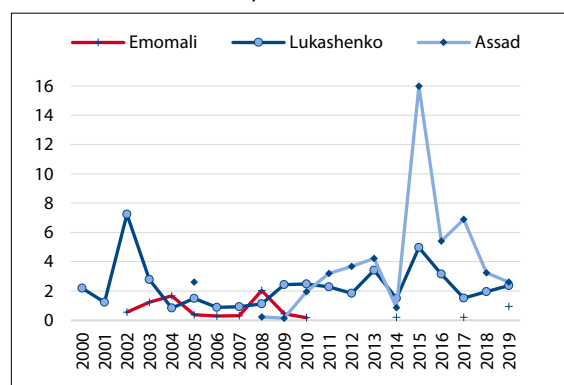
16 Jahre als Präsident und Merkel 15 Jahre als Bundeskanzlerin. Doch selbst dann, wenn wir davon ausgehen, dass beide gleich lang das wichtigste Amt innehatten, bleiben drei wichtige Unterschiede, die bei einem solchen Vergleich zu beachten sind:

- Zum einen war Putin auch in den Jahren als Medwedews Ministerpräsident wohl der wichtigste Entscheidungsträger in Russland. Seine 16 Jahre als Präsident können durchaus als 20 Jahre an der Macht bezeichnet werden.
- Zweitens hat Merkel angekündigt, dass sie sich 2021 zurückziehen werde, während Putin versucht, die Verfassung so umzubauen, dass er nach 2024 weitere 12 Jahre Präsident bleiben kann.
- Drittens ist Merkels Regierungszeit für einen demokratischen Staat außerordentlich lang, während es für einen autoritären Staatsführer nicht ungewöhnlich ist, die Macht derart lang in seinen Händen zu halten. Zu Putins Kollegen im Club namens »20 Jahre und kein Ende in Sicht« gehören u. a. die Staatsscheffs Emomali Rahmon in Tadschikistan, Aljaksandr Lukaschenka in Belarus und Baschar al-Assad in Syrien.

Während die langjährigen postsowjetischen Staatsscheffs Lukaschenka und Rahmon all die Jahre zwar regelmäßig, aber eher weniger prominent in den Reden des russischen Präsidenten Putin Erwähnung fanden, ist Assad dort etwas unstetiger. Er ist kaum Teil der rhetorischen Agenda des Präsidenten gewesen, bis das russische Engagement im Konflikt in Syrien 2014 drastisch zunahm. In den jüngeren Daten zu den Erwähnungen durch Putin nähern sich die drei auf niedrigem Niveau wieder an.

Es ist jedem Demokraten geraten, sich Sorgen zu machen, wenn eine Person zu lang ein Amt innehat, da sich Demokratie auf eine Stabilität der Verfahren stützt,

Grafik 3: Vorkommen der Schlüsselwörter »Emomali«, »Lukaschenko« und »Assad« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von Dekoder analysiert (<https://putin.dekoder.org/worte>).

und nicht auf die einer Person. In gefestigten Demokratien wissen die Menschen, *wie* ihr künftiger Regierungschef gewählt wird, auch wenn bis zum Wahltag ungewiss bleiben sollte, wie der Wählerwille aussieht, dem die Macht innewohnt und der diese verleiht. Autoritäre Regime hingegen machen viel Aufheben über die Stabilität, die der einen Person entspringt, welche die Macht über das Volk ausübt. Allerdings wird diese Stabilität dadurch eingeschränkt, dass nur in diese eine Person investiert wird und deren Abgang letztlich eher zu Krisen aufgrund einer instabilen Nachfolge führt.

Ein stabil besetztes Amt bedeutet darüber hinaus nicht immer auch eine Stabilität der Politik und der Prioritäten. Der abschließende Satz meines jüngsten Buches lautet: »Man sollte nicht *heute* mit *ewig* verwechseln.«

Identitätsbildung

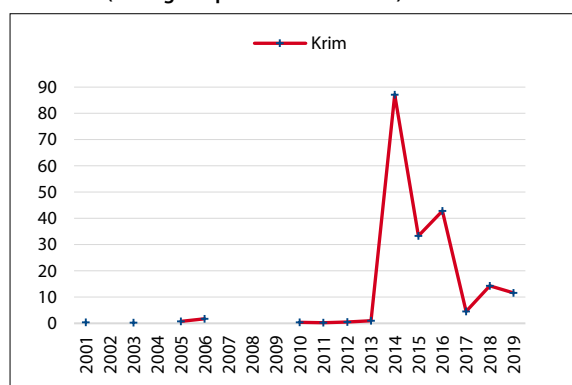
Das Projekt *Die Worte des Präsidenten* bietet Analytikern die Möglichkeit, jene Themen zu finden, die zu Beginn des Jahrhunderts vom Kreml kaum als wichtig registriert wurden, jetzt aber sehr bedeutsam geworden sind. Genauso interessant ist der Vergleich von Begriffen, die widerstreitende Vorstellungen repräsentieren und deren relative Gewichtung sich umgekehrt zu haben scheint, zumindest, wenn es um die Beachtung durch den russischen Präsidenten geht.

Betrachten wir die erste Variante. Welche Themen sind heute im Wortschatz des Präsidenten bedeutsam, während sie vor zwei Jahrzehnten kaum, wenn überhaupt, angesprochen wurden? Ich führe hier zwei Beispiele an, die beide im Zusammenhang mit der sich wandelnden Natur der offiziell vermittelten Identität Russlands stehen.

Das erste ist unkompliziert und vielleicht zu offensichtlich, doch es ist bemerkenswert, dass das Wort »Krim« bis zur Annexion der Halbinsel im Jahr 2014 kaum über die Lippen des Präsidenten kam.

Die Annexion der Krim stellt ein Ereignis dar, durch das sich das Regime grundlegend definiert. Sie ist ein entscheidender Moment, der die Abwendung weg von internationalen Verhaltensregeln besiegelt, welche Russland zunehmend als etwas wahrnahm, das von den Staaten des Westens geschaffen wurde und gegen russische Interessen gerichtet ist.

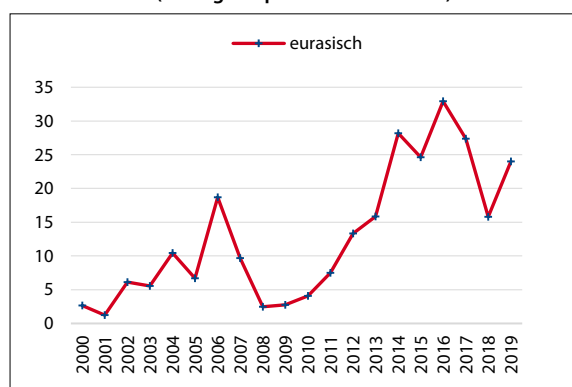
Grafik 4: Vorkommen des Schlüsselwortes »Krim« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2001–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekodert analysiert (<https://putin.dekoder.org/worte>).

Das zweite bemerkenswerte Wort, das im Vergleich zu früher stark an Bedeutung gewonnen hat, ist »eurasisch«. Etwa seit Beginn der dritten Präsidentschaft Wladimir Putins 2012 und insbesondere nach der Annexion der Krim war die russische Führung bestrebt, den eurasischen Charakter des Landes zu betonen. Das betraf sowohl die nationale Identität Russlands wie auch – mit der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion 2014 – die wirtschaftliche Ausrichtung.

Grafik 5: Vorkommen des Schlüsselwortes »eurasisch« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekodert analysiert (<https://putin.dekoder.org/worte>).

In den ersten Jahren der Ära Putin war das Eurasium das Lieblingsprojekt von rechtsgerichteten russi-

schen Politikern, von denen sich Putin zu distanzieren suchte, da er eine engere Bindung zwischen Russland und dem Westen anstrebte. Erst seit Beginn seiner dritten Amtszeit 2012 rückte der Begriff derart stark in den Vordergrund, dass Aleksandr Dugin, der Erzpriester des Eurasismus, sogar – und sei es fälschlicherweise – in der führenden US-amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* als »Putins Hirn« bezeichnet wurde.

Der Beginn von Putins Narrativ über die russische Identität

Bislang ging es um Begriffe, die in früheren Reden des Präsidenten nicht auftauchten, jetzt aber sehr prominent sind. Wie sieht es aber mit Worten aus, die widerstreitende Vorstellungen repräsentieren und deren relative Gewichtung sich im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte in den Prioritäten des Präsidenten umgekehrt zu haben scheint? Hier möchte ich drei interessante Beispiele vorstellen, an denen sich die national-konservative Wende im Diskurs des russischen Präsidenten ablesen lässt.

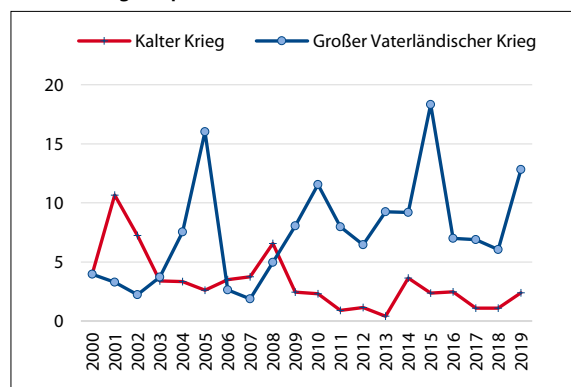
Im ersten Beispiel geht um eine Frage, die mich bei meinen Arbeiten über den Einsatz von Narrativen in der Politik etliche Jahre interessiert hat. Jede Erzählung hat ihren Anfang. Wo beginnt also Putins Narrativ über russische Identität? Es war einst die Geschichte vom Aufbau eines postsowjetischen Russland und begann demzufolge mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Heute jedoch umfasst und beinhaltet das Narrativ der russischen Identität sehr viel stärker die sowjetische Erfahrung als Großmacht. Das lässt sich unter anderem anhand der Frage aufzeigen, wie häufig der Kalte Krieg und der Große Vaterländische Krieg vom russischen Präsidenten erwähnt werden. Lässt man die Spitzenwerte zu den runden Jahrestagen des Sieges im Zweiten Weltkrieg 2005 und 2015 beiseite, ist es bemerkenswert, dass in den ersten Jahren von Putins Regentschaft der Kalte Krieg stärker im Diskurs des Präsidenten präsent war, während in den letzten Jahren der Große Vaterländische Krieg dominierte, und zwar mit zunehmender Tendenz.

Offen oder bewahrend

Das zweite Beispiel von Konzepten, die beim Präsidenten in ihrer Gewichtung eine Umkehrung erfahren, bezieht sich auf die allgemeine Trennlinie, die im politischen Diskurs zwischen liberal und konservativ besteht. Während Liberale eher das Individuum hervorheben, betonen Konservative eher die Familie. In Putins frühen Jahren als Präsident wurde das Individuelle (wenn auch nur geringfügig) häufiger erwähnt als die Familie. Heute ist es umgekehrt und die Kluft ist zudem beträchtlich gewachsen. Bezeichnend ist auch, dass der einzige Zeitraum, in dem das Individuum wie-

der stärker als die Familie in den Vordergrund rückte, in die Amtszeit von Medwedew fällt. Dessen eher liberalere Ausrichtung lässt sich anhand einer Reihe von Suchanfragen in den *Worten des Präsidenten* feststellen.

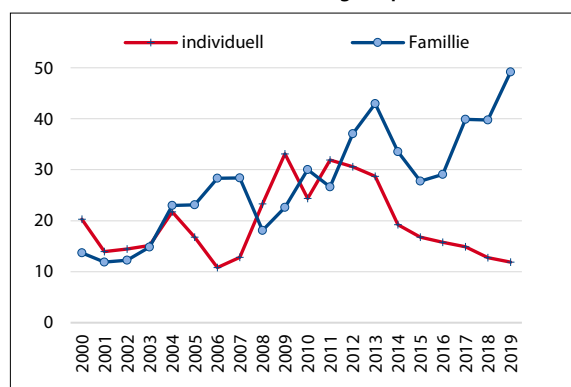
Grafik 6: Vorkommen der Schlüsselbegriffe »Kalter Krieg« und »Großer Vaterländischer Krieg« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekode analysiert (<https://putin.dekode.org/worte>).

Das dritte und letzte Beispiel einer solchen Umkehrung sind einige grundlegende Konzepte zur Richtung, die Russland politisch einschlägt, und hinsichtlich der konservativen Wende im Land: Reform gegenüber Bewahrung des Bestehenden und Stabilität. Auch hier ist die graphische Darstellung des Wortgebrauchs aufschlussreich. Während Reform mit einer klaren Vorstellung einhergeht, liegen die Dinge bei deren Gegenstück nicht so klar auf der Hand. Nach einigen Versuchen in der russischsprachigen Version der Datenbank *Die Worte des Präsidenten* habe ich zwei Begriffe gewählt, die »Reform« gegenüberstehen, nämlich das Verb »bewahren« und das Nomen »Stabilität«.

Grafik 7: Vorkommen der Schlüsselbegriffe »individuell« und »Familie« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)

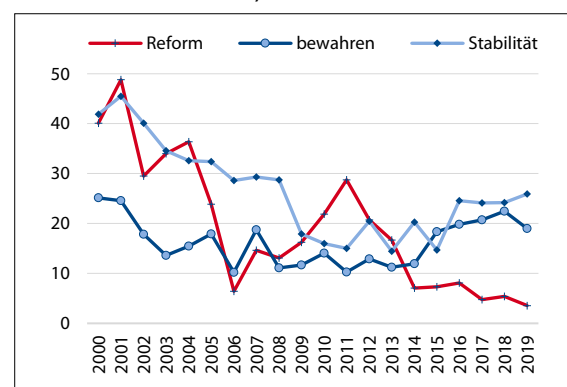


Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekode analysiert (<https://putin.dekode.org/worte>).

Wie bereits erwähnt, ist Stabilität von Anfang an ein Leitmotiv des Putin-Regimes gewesen. Gleichwohl stand Reform in den ersten Jahren des Jahrhunderts sogar noch stärker im Vordergrund als Stabilität, und die Vorstellung des Bewahrens wurde wenig erwähnt. Heute ist die Gewichtung umgekehrt. »Reform« ist auf der präsidentialen Agenda weit nach unten gerutscht, »bewahren« ist aufgestiegen und »Stabilität« liegt an der Spitze. Beachtenswert ist auch hier das vertraute Muster von Medwedews Präsidentschaft von 2008 bis 2012, dass die Tendenz bestätigt: Nur in jenen Jahren rückte Reform in den Stellungnahmen des Präsidenten wieder in den Vordergrund.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Grafik 8: Vorkommen der Schlüsselwörter »Reform«, »bewahren« und »Stabilität« in Äußerungen des russischen Präsidenten 2000–2019 (Häufigkeit pro 100.000 Wörter)



Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/transcripts>, von dekode analysiert (<https://putin.dekode.org/worte>).

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Edwin Bacon ist Leiter der *School of Social and Political Sciences* der Universität Lincoln (Vereinigtes Königreich). Er schreibt und forscht seit über 25 Jahren zur Entwicklung in Russland. Er hat 7 Monographien und zahlreiche wissenschaftliche Artikel veröffentlicht. Sein jüngstes Buch *Inside Russian Politics* ist 2017 erschienen; sein Artikel »Policy Change and Narratives of Russia's Think Tanks« aus dem Jahr 2018 beleuchtet die konservative Wende, die in den letzten Jahren im politischen Diskurs in Russland erfolgte.

Lesetipps

- Edwin Bacon: *Inside Russian Politics*, London et al., 2017.
- Bacon, Edwin: Public political narratives: developing a neglected source through the exploratory case of Russia in the Putin-Medvedev era, in: *Political Studies*, 60.2012, Nr. 4, S. 768–786; <https://eprints.bbk.ac.uk/7330/1/7330.pdf>.
- Bei der Volksbefragung zur Verfassungsänderung stimmten knapp 78 Prozent der Wahlberechtigten für die Änderung der russischen Verfassung, die es Putin erlaubt bis 2036 im Amt zu bleiben. Die Wahlbeteiligung lag dabei bei über 65 Prozent, so die offiziellen Zahlen des Zentralen Wahlkomitees. Wahlanalysten wie Sergej Schpilkin halten dieses Ergebnis für falsch. Er verweist in seinen Ausführungen auf Anomalien, die sich auf der von deko-der erstellten interaktiven Karte (<https://elections.dekoder.org/de/russia/constitution/2020/>) nachvollziehen lassen.
- Sergej Schpilkin: Wahlfälschung auf Rekordniveau, deko-der, 2020, <https://www.dekoder.org/de/article/schpilkin-verfassungsänderung-abstimmung-anomalien>.

Multimedia-Special: »20 Jahre Putin«

Das Special *20 Jahre Putin* (putin.dekoder.org/worte) ist ein Versuch, Putin zu entschlüsseln – und zwar nicht nur in einem übertragenen Sinne, sondern tatsächlich in einem technischen. Hierzu hat deko-der ein Tool entwickelt, das die Texte der offiziellen Webseite des russischen Präsidenten aufbereitet, und die Häufigkeit der von Wladimir Putin (2000 – 2008 und 2012 – 2020) und Dimitrij Medwedew (2008 – 2012) verwendeten Worte in Grafiken darstellt. Wissenschaftler aus europäischen Universitäten greifen sich einzelne dieser Begriffe heraus und schreiben dazu ihre Beiträge.

Das Special entstand im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer hoch zwei – Russlandstudien«, einer Kooperation zwischen der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und deko-der.org. Das Projekt wird von der VolkswagenStiftung finanziell unterstützt.

deko-der und Redaktion der Russland-Analysen

dekóder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

UMFRAGE

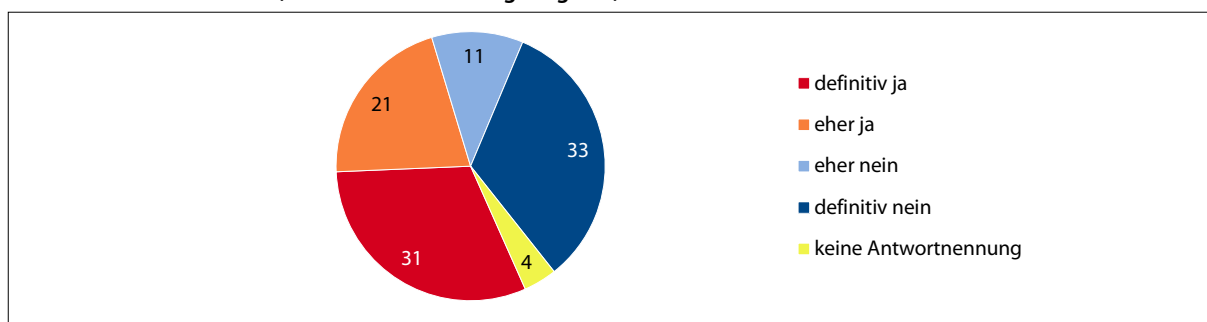
Volksbefragung zur Verfassungsänderung

Bei der Volksbefragung zur Verfassungsänderung, die in Russland zwischen dem 25. Juni 2020 und dem 1. Juli 2020 stattfand, lag die Wahlbeteiligung nach Angaben des Zentralen Wahlkomitees bei 67,97 % (<http://www.cikrf.ru/news/cec/46749/>, Stand: 03.06.2020 22:00 Uhr) der wahlberechtigten Bevölkerung. Davon stimmten 77,92 % für die Annahme der über 170 Änderungen in der Verfassung. Die »Verbesserungen« konnten entweder vollständig angenommen oder abgelehnt werden und umfassen Änderungen wie die Annullierung der bisherigen Amtszeiten des Präsidenten Putin, einen Mindestlohn oder die Festschreibung der Ehe zwischen Mann und Frau in die Verfassung des Landes.

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage geben die Bereitschaft der Befragten während der Volksbefragung wieder und sind nicht deckungsgleich mit ihrem Ausgang.

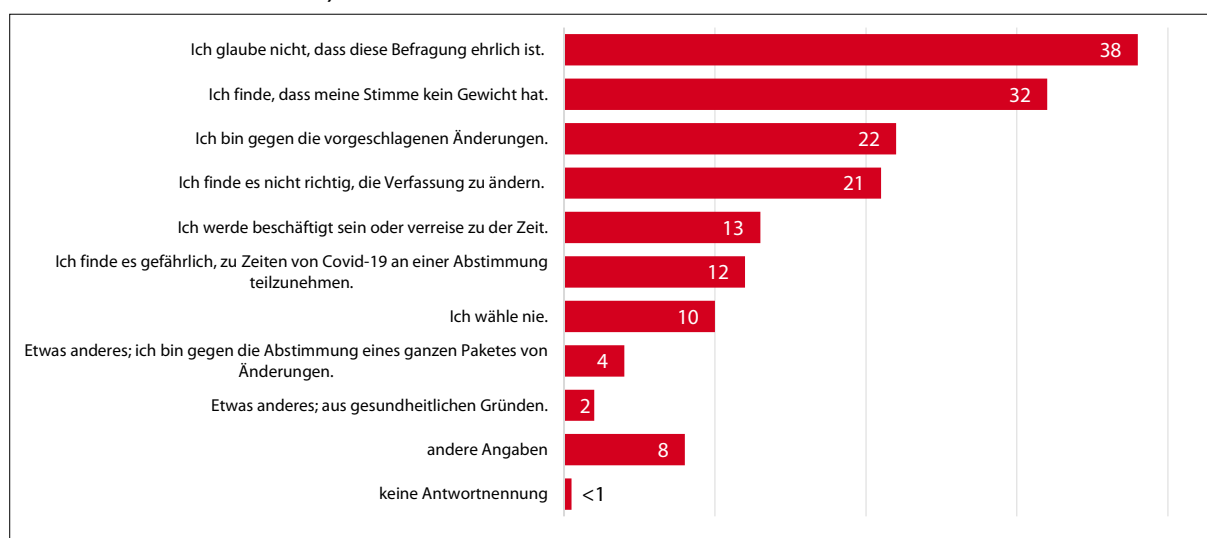
Die Redaktion der Russland-Analysen

Grafik 1: Heißen Sie die Annullierung der präsidentialen Amtszeit in der Verfassungsänderung gut, die Wladimir Putin erlaubt, nach Ablauf seiner aktuellen Amtszeit an den kommenden Präsidentschaftswahlen teilzunehmen? (Eine Antwortnennung möglich.)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 27. – 28. Juni 2020, www.levada.ru/2020/07/02/obshherossijskoe-golosovanie-po-popravkam-v-konstitutsiyu-4/, veröffentlicht am 2. Juli 2020

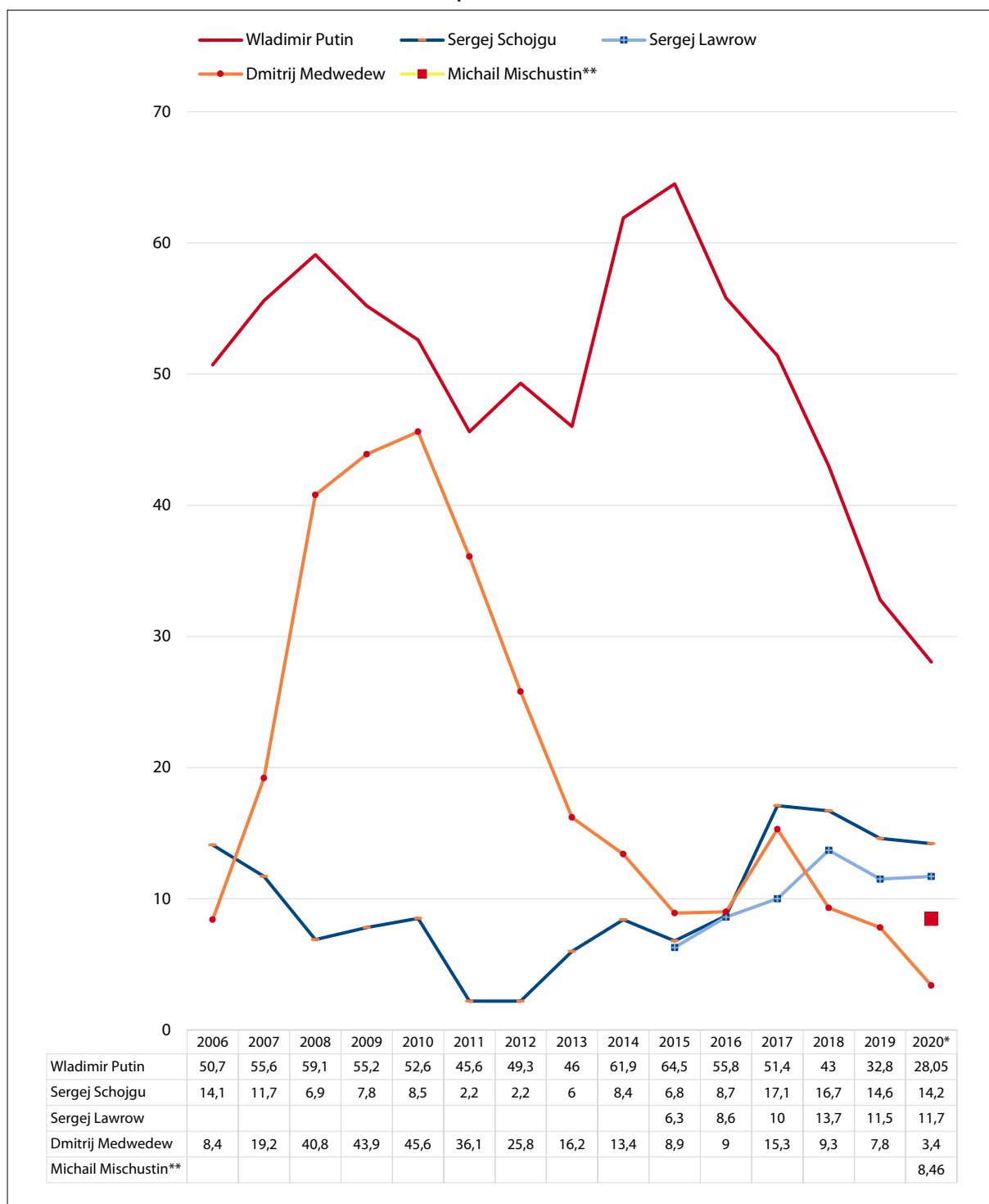
Grafik 2: Warum werden Sie nicht an dieser Volksbefragung teilnehmen? Bitte geben Sie nicht mehr als drei Antworten an. (Anteil der Befragten, die zuvor ausgesagt hatten, dass sie nicht an der Volksbefragung teilnehmen werden.)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 27. – 28. Juni 2020, www.levada.ru/2020/07/02/obshherossijskoe-golosovanie-po-popravkam-v-konstitutsiyu-4/, veröffentlicht am 2. Juli 2020

Vertrauen in Politiker

Grafik 1: Welchem Politiker vertrauen Sie? (Offene Frage, mehrere Nennungen möglich, hier abgebildet ist ein Ausschnitt von Kandidaten, Mittelwert pro Jahr in %)



* Werte für Januar bis Juni 2020

** Werte für Februar bis Juni 2020

Quelle: WZIAM, https://wciom.ru/news/ratings/doverie_politikam/, veröffentlicht am 3. Juli 2020

Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen zum Redaktionswechsel bei der Wirtschaftszeitung *Wedomosti*

Sorge um kritische Wirtschaftszeitung

Ulrike Gruska (Reporter ohne Grenzen)

Reporter ohne Grenzen (RSF) ruft die russische Regierung auf, sich nicht in die Redaktionspolitik der angesehenen russischen Wirtschaftszeitung *Wedomosti* einzumischen. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen seit Monaten um ihre redaktionelle Unabhängigkeit und gegen einen neu eingesetzten Chefredakteur. Nach dem Verkauf an einen staatsnahen Medienunternehmer kündigten am Montag aus Protest die fünf stellvertretenden Chefredakteure. Der stellvertretende Informationsminister Alexej Wolin erklärte (<https://ria.ru/20200615/1572944574.html>), Redakteurinnen und Redakteure, die nicht bereit seien, den neuen Chefredakteur anzuerkennen, müssten unverzüglich entlassen werden.

»Mit *Wedomosti* droht eine der letzten kritischen Stimmen auf dem Markt der russischen Wirtschaftszeitungen von Kreml-Unterstützern kontrolliert zu werden«, sagte Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen. »Die Regierung sollte die Unabhängigkeit solcher Redaktionen schützen, statt sich wie der stellvertretende Informationsminister unverhohlen in deren Belange einzumischen.«

Die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* gehörte zu den wenigen verbliebenen Printmedien in Russland, die noch unabhängig berichteten. Sie war 1999 als Gemeinschaftsprojekt der britischen Tageszeitung *Financial Times*, des US-amerikanischen *Wall Street Journal* und des finnischen Medienkonzerns *Sanoma* entstanden. Aufgrund eines Gesetzes, das ausländische Anteile an russischen Medien auf maximal 20 Prozent beschränkt und im Januar 2016 in Kraft trat, verkauften die drei ausländischen Investoren *Wedomosti* 2015 an den Medienunternehmer Demjan Kudrjawtsew. Dieser ersetzte im Mai 2017 die renommierte Chefredakteurin **Tatjana Lysowa** durch **Ilja Bulawinow**, der zuvor als leitender Redakteur beim staatlichen TV-Sender *Perwyj Kanal* gearbeitet hatte.

Entsetzen über neuen Chefredakteur

Mitte März 2020 kündigte Kudrjawtsew an, die Zeitung an zwei kremlnahe (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/auf-linie-gebracht-russlands-zeitung-wedomosti-16724851.html>) neue Eigentümer zu verkaufen. Als kommissarischer Chefredakteur wurde **Andrej Schmarow** eingesetzt. Bereits bei seinem ersten Treffen (<https://openmedia.io/news/n3/novyy-glavnyj-redaktor-vedomostej-na-vstreche-s-kollektivom-sravnil-gazetu-s-poderzhannym-bentli/>) mit der Redaktion am 24. März provozierte der 64-Jährige heftige Kritik mit dem Bekenntnis, *Wedomosti* selbst nicht mehr zu lesen, seit ihm einige Artikel in der Zeitung nicht gefallen hätten. Er kenne auch das Redaktionsstatut nicht, das Regeln für die unabhängige Berichterstattung festschreibt und in der russischen Medienlandschaft als beispielhaft gilt. Schmarow erklärte, er sehe kein Problem darin, wenn sich Eigentümer in die Redaktionsarbeit einmischten. Darauf angesprochen, ob der staatliche Ölkonzern Rosneft an seiner Ernennung beteiligt gewesen sei, schloss er dies nicht aus. Welche Rolle der Konzern bei den Eigentümerwechseln der Zeitung in den vergangenen Jahren und bei der Auswahl des neuen Chefredakteurs spielte, legte eine gemeinsame Recherche (<https://meduza.io/en/feature/2020/05/12/conspiring-with-these-people>) mehrerer russischer Medien Mitte Mai dar.

Die ersten Schritte Andrej Schmarows führten zu einer schweren Vertrauenskrise zwischen der Redaktion und dem amtierenden Chefredakteur: Am 30. März änderte Schmarow ohne Absprache die Überschrift (<https://www.bbc.com/russian/media-52088852>) eines Textes über den Ölkonzern Rosneft, sodass sie nicht mehr regierungskritisch klang, sondern den Kreml in ein positives Licht rückte. Als die Redaktion dies bemerkte, machte sie die Änderungen online wieder rückgängig (<https://meduza.io/en/feature/2020/03/31/bad-bosses>). Am 12. April löschte er eigenmächtig einen Kommentar (<https://meduza.io/en/feature/2020/04/13/on-leadership-and-hard-times>), der sich kritisch mit Rosneft und dessen Direktor Igor Setschin auseinandersetzte. Der Autor veröffentlichte den Text daraufhin auf seiner Facebook-Seite und die Nachrichtenseite *Meduza* übersetzte ihn ins Englische. Am 22. April verbot (<https://www.svoboda.org/a/30570420.html>) Schmarow der Redaktion, über Umfragen des unabhängigen russischen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum zu berichten sowie die angestrebte Verlängerung der Amtszeit von Präsident Putin zu kritisieren. Er begründete dies damit, dass die Präsidialadministration mit der Berichterstattung unzufrieden sei.

Die Redaktion wehrt sich vergeblich

Bereits am 29. März forderten leitende Redakteure in einem Brief an die potenziellen neuen Eigentümer, den Posten der Chefredaktion mit einer Journalistin aus dem eigenen Haus neu zu besetzen – vergeblich. Am 23. April veröffentlichte die Redaktion ein Editorial (<https://zona.media/news/2020/04/23/vedomosti/>), in dem sie Chefredakteur Schmarow Zensur vorwarf und warnte, unter seiner Führung verliere die Zeitung massiv an Vertrauen. Am gleichen Tag zog einer der potenziellen neuen Eigentümer sein Interesse am Kauf von *Wedomosti* zurück, etliche Leserinnen und Leser kündigten ihre Abonnements. Die Konflikte in der Redaktion führten dazu, dass *Wedomosti* – anders als die Wirtschaftszeitungen *Kommersant* und *RBK* – nicht auf die Liste (<https://meduza.io/en/feature/2020/04/29/a-runaway-bus>) »strategischer Unternehmen« gesetzt wurde, die in der Corona-Krise Finanzhilfen vom Staat erhalten sollten.

Ende Mai wurde *Wedomosti* überraschend an Iwan Jerjomin verkauft (<https://meduza.io/en/news/2020/05/29/sale-of-top-russian-business-newspaper-vedomosti-complete>), einen Medienunternehmer aus dem Ural. Der Gründer der Agentur *FederalPress*, die Nachrichten aus verschiedenen Regionen Russlands verbreitet, arbeite aktiv mit staatlichen Behörden zusammen und sei bekannt dafür, in seinen Medien bezahlte Inhalte zu veröffentlichen, warnten (<https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2020/05/29/831505-zakritie-na-spetsobschluzhivanie>) *Wedomosti*-Journalisten nach dem Verkauf. Als der Verwaltungsrat Andrej Schmarow Mitte Juni endgültig als Chefredakteur bestätigte, kündigten (<https://www.newsroom.de/news/aktuelle-meldungen/medien-19/fuenf-vize-chefredakteure-verlassen-russische-zeitung-wedomosti-908891/>) die fünf stellvertretenden Chefredakteure, die bis dahin versucht hatten, die Unabhängigkeit der Redaktion zu erhalten. Etliche andere (<https://rsf.org/en/news/rsf-decries-interference-editorial-independence-leading-russian-business-daily>) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten dies bereits in den Wochen nach Schmarows Amtsantritt getan.

Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2020/>) steht Russland auf Platz 149 von 180 Staaten.

Die Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen vom 17.06.2020 zu Russland ist erstellt worden von Ulrike Gruska (Osteuropa-Referentin bei Reporter ohne Grenzen) und im Original unter <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/sorge-um-kritische-wirtschaftszeitung/> zu finden.

Die Redaktion der Russland-Analysen

DEKODER

Redaktionswechsel und der Exodus der Journalisten

Pjotr Mironenko und Irina Malkowa (The Bell)

Der folgende Beitrag der russischen Journalisten Pjotr Mironenko und Irina Malkowa erschien ursprünglich am 16.06.2020 in der Onlinezeitung The Bell und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Zensur kritischer Inhalte, sinnverfälschende Einmischungen und eine unverkennbare Nähe zum Kreml und zu Rosneft – die Vorwürfe gegen den neu eingesetzten *Wedomosti*-Chefredakteur Andrej Schmarow sind schwerwiegend. Zahlreiche Redakteure der Zeitung haben aus Protest inzwischen ihre Kündigung eingereicht. Viele Beobachter fühlen sich an das Schicksal der Medien NTW, Lenta.ru oder RBC erinnert: Geht mit *Wedomosti* nun ein weiteres Flaggschiff der unabhängigen Presse in Russland unter? Pjotr Mironenko und Irina Malkowa berichten auf *The Bell*.

Wedomosti: Ende der Unabhängigkeit?

Die Zeitung *Wedomosti*, so wie wir sie seit zwanzig Jahren kennen, wird es bald nicht mehr geben. Der vom

neuen Eigentümer Iwan Jeremin einberufene Verwaltungsrat hat Andrej Schmarow, den Mitgründer der Zeitschrift *Expert*, zum neuen Chefredakteur von *Wedo-*

mosti ernannt. Schmarow hatte im März 2020 den Posten kommissarisch übernommen und war bald in Konflikt mit der Redaktion geraten: Diese beschuldigte ihn der Zensur. Aus Protest reichten [am 15. Juni 2020] alle leitenden Redakteure die Kündigung ein.

An der Ernennung Schmarows war laut Recherchen von *Meduza*, *The Bell*, *Forbes* und *Wedomosti* vermutlich auch Michail Leontjew, der Pressesekretär von Rosneft beteiligt. Seit 2017 hatte das Unternehmen, dem *Wedomosti* gehörte, einen riesigen Kredit bei einer Tochterbank von Rosneft laufen.

Das ist passiert

Der Verwaltungsrat von *Wedomosti* (Aktiengesellschaft *Business News Media* (BNM)) hat Mitte Juni in neuer Zusammensetzung getagt und Andrej Schmarow als Chefredakteur der Zeitung bestätigt. Es war der neue *Wedomosti*-Eigentümer Iwan Jeremin, der die Ernennung Schmarows initiiert hatte. Am 10. Juni hatte Jeremin dann bekanntgegeben, dass der Verwaltungsrat in Kürze tagen werde und die Journalisten ihrerseits einen Kandidaten vorschlagen sollten. Denn laut Gesellschaftsvertrag muss der Verwaltungsrat des BNM neben dem Kandidaten des Eigentümers auch einen Kandidaten der Redaktion in Betracht ziehen. Die Redaktion schlug daraufhin eine Herausgeberin zahlreicher Co-Projekte von *Wedomosti* vor, die ehemalige *Wedomosti*-Redakteurin Anfissa Woronina.

Der neue Verwaltungsrat besteht aus Jeremin, dem Geschäftsführer eines seiner Unternehmen Michail Neljubin, dem ehemaligen Chefredakteur von TASS und dem ehemaligen Leiter des Finanzressorts von *Wedomosti* Anton Trifonow, dem anfänglichen Kaufinteressenten Konstantin Sjatkow und dem Dozenten für Unternehmensrecht der Juristischen Fakultät der MGU Alexander Molotnikow. Mit drei zu zwei stimmten die Ratsmitglieder für Schmarow. Die vierte und entscheidende Stimme für Schmarow kam vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats – Jeremin.

Nach Bekanntgabe der Entscheidung reichten die fünf stellvertretenden Chefredakteure von *Wedomosti* [am 15. Juni 2020] die Kündigungen ein: Dimitri Simakow, Alexander Gubski, Boris Safranow, Filipp Stepkin und Kirill Charatjan. Damit verlässt das sogenannte *Aquarium* die Zeitung – der Kreis der leitenden Redakteure, die für die operativen Entscheidungen bei *Wedomosti* verantwortlich waren. Alle fünf hatten bereits leitende Positionen inne, bevor die ausländischen Aktionäre 2015 zum Verkauf der Zeitung genötigt wurden. Mit ihnen gehen auch die kommissarische Chefredakteurin der Online-Redaktion Alexandra Tschunowa und die Redakteurin des Wirtschaftsressorts Jelisaweta Basanowa. Etwa zehn Journalisten, einschließlich mehrerer Ressortleiter, haben *Wedomosti* schon vorher verlassen.

Ihre Kündigung begründeten die Redakteure in einer öffentlichen Erklärung damit, dass Andrej Schmarow in den drei Monaten als Chefredakteur demonstriert habe, wie wenig er mit den Standards von *Wedomosti* übereinstimme; seine Ernennung zeuge davon, dass diese Prinzipien bei der Zeitung nicht länger gebraucht würden. »Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert und die endgültige Entscheidung für Schmarow ist getroffen, damit bleibt uns nichts als zu gehen«, heißt es in der Erklärung.

Nach dem Verkauf der Zeitung – Ernennung des neuen Chefredakteurs im März

Schmarow war am 24. März kommissarisch zum Chefredakteur von *Wedomosti* ernannt worden – eine Woche, nachdem Demjan Kudrjawzew den kurzfristigen Verkauf der Zeitung bekanntgegeben hatte.

Vom ersten Tag an gab es Konflikte mit der Redaktion: Schmarow erklärte, er lese *Wedomosti* nicht und sei mit deren Redaktionskodex *Dogma* nicht vertraut. Er änderte eigenmächtig Überschriften ins komplette Gegenteil und verkündete den Journalisten, er verbiete auf Bitte der Kreml-Administration hin, Artikel zu Umfragen des Lewada-Zentrums zu veröffentlichen. Doch das offensichtlichste Beispiel für Zensur war, dass ein schon publizierter, kritischer Online-Artikel über den Vorstandsvorsitzenden von Rosneft Igor Setschin wieder gelöscht wurde.

Eine Quelle von *Meduza*, die Einblicke in den Verkauf von *Wedomosti* hatte, berichtet, dass an der Entscheidung, Schmarow zum Chefredakteur zu machen, auch der Pressesekretär von Rosneft Michail Leontjew beteiligt gewesen sei. Darauf angesprochen, stritt Schmarow dies nicht ab. Leontjew antwortete auf die Nachfrage von *The Bell* mit: »Was habe ich denn damit zu tun?«

Als Kudrjawzew im März 2020 den Verkauf von *Wedomosti* bekanntgab, sollten zunächst Konstantin Sjatkow, der Herausgeber der Zeitung *Nascha Wersija*, und der Investmentbanker Alexej Golubowitsch, *Wedomosti* kaufen. Doch Golubowitsch und später auch Sjatkow zogen ihr Angebot wieder zurück. Ende Mai wurde Iwan Jeremin zum alleinigen Eigentümer. Die Vertragsdetails blieben unter Verschluss, über Abmachungen zwischen Jeremin und der WBRR (Russische Bank für die Entwicklung der Regionen) oder Rosneft ist nichts bekannt. Allerdings hatte Jeremins Online-Portal *FederalPress* PR-Verträge mit Tochterunternehmen von Rosneft und veröffentlichte geringfügig redigierte Pressemeldungen, ohne sie als Werbung zu kennzeichnen.

Die Folgen

Der Satz, *Wedomosti* werde es bald nicht mehr geben, mit dem dieser Artikel beginnt, ist keine Übertreibung. In

den letzten zehn Jahren wurden mindestens zehn große unabhängige Redaktionen zerschlagen. Mal geschieht das langsam und qualvoll, mal gelingt es einer Redaktion, einen Teil der Unabhängigkeit zu bewahren, indem sie auf besonders sensible Themen verzichtet. Nichtsdestoweniger beweist eine Vielzahl von Beispielen: Hat eine Zeitung ihre Unabhängigkeit verloren, ist es unmöglich, die Qualität der Redaktionsarbeit zu erhalten.

Angenommen, das Ziel der ganzen Aktion war es, *Wedomosti* als Marke zu erhalten und bloß jenen Teil loszuwerden, der sich nicht per Telefonanruf steuern

lässt, so ist dieser Plan doch zum Scheitern verurteilt. Das kann nicht funktionieren. Denn mit der redaktionellen Unabhängigkeit verschwinden nicht nur die kritischen Artikel über Politik oder die Aufdeckung von Korruption, sondern nach und nach auch die qualitativ hochwertigen Inhalte zu Wirtschaft und Finanzen. Vor allem aber verschwindet der Geist der Zeitung, der sie antreibt und den Leser an sie bindet.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Maria Rajer*

Über die Autoren

Pjotr Mironenko ist Mitbegründer und stellvertretender Chefredakteur von The Bell. Er war zuvor für die (Online-) Magazine Kommersant, RBK und Republic tätig.

Irina Malkowa ist Mitbegründerin und Chefredakteurin von The Bell. Zuvor hat sie für die im Beitrag thematisierte Zeitung *Wedomosti* sowie u. a. für Forbes und RBK gearbeitet und leitete das Internet-Nachrichtenmagazin Republic.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://thebell.io/konets-vedomostej-v-redaktsii-smenilas-vlast-i-nachalsya-ishod-zhurnalistov>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/vedomosti-unabhaengigkeit-verkauf-schmarow>.

Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Wissenstransfer² – Russlandstudien«, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dekoder.org mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchgeführt wird.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, The Bell, Pjotr Mironenko und Irina Malkowa für die Erlaubnis zum Nachdruck.

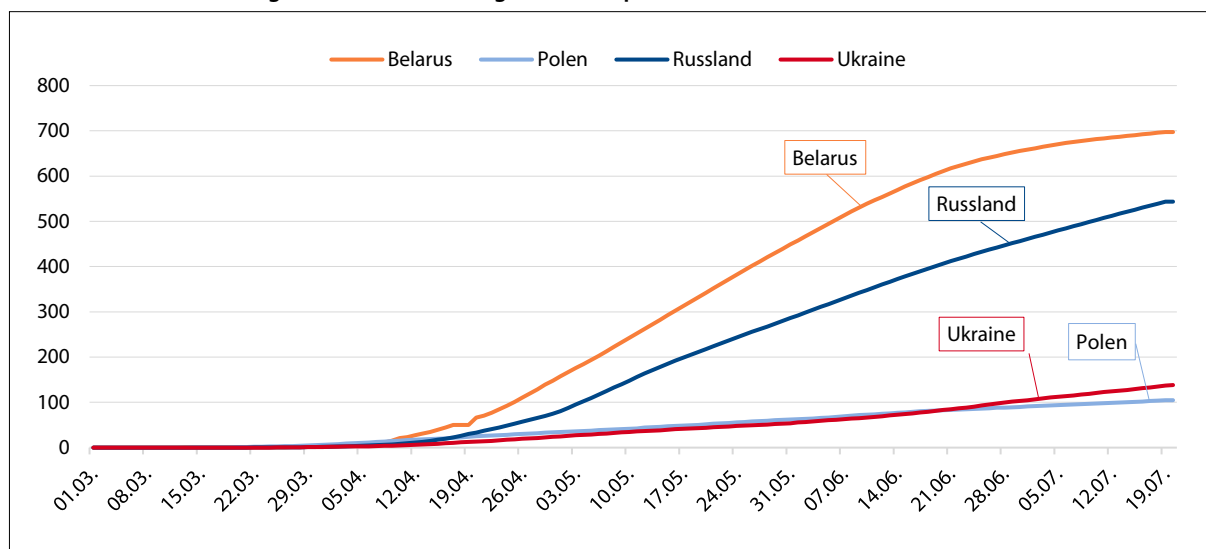
Die Redaktion der Russland-Analysen

dekoder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

STATISTIK

Covid-19 in Russland

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. Juli 2020)



Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.07.2020. 09:34 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 20. Juli 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	1	0	2	1
02.03.	1	0	3	1
03.03.	1	0	3	1
04.03.	6	1	3	1
05.03.	6	1	4	1
06.03.	6	5	13	1
07.03.	6	5	13	1
08.03.	6	11	17	1
09.03.	6	16	17	1
10.03.	9	22	20	1
11.03.	9	31	20	1
12.03.	12	49	28	1
13.03.	27	68	45	3
14.03.	27	103	59	3
15.03.	27	119	63	3
16.03.	36	177	90	7
17.03.	36	238	114	14
18.03.	51	251	147	14
19.03.	51	355	199	16
20.03.	69	425	253	29
21.03.	76	536	306	47
22.03.	76	634	367	73
23.03.	81	749	438	73
24.03.	81	901	495	97

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
25.03.	86	1.051	658	145
26.03.	86	1.221	840	196
27.03.	94	1.389	1.036	310
28.03.	94	1.638	1.264	356
29.03.	94	1.862	1.534	475
30.03.	152	2.055	1.836	548
31.03.	152	2.311	2.337	645
01.04.	163	2.554	2.777	794
02.04.	304	2.946	3.548	897
03.04.	351	3.383	4.149	1.072
04.04.	440	3.627	4.731	1.225
05.04.	562	4.102	5.389	1.308
06.04.	700	4.413	6.343	1.319
07.04.	861	4.848	7.497	1.462
08.04.	1.066	5.205	8.672	1.668
09.04.	1.486	5.575	10.131	1.892
10.04.	1.981	5.955	11.917	2.203
11.04.	2.226	6.356	13.584	2.511
12.04.	2.578	6.674	15.770	2.777
13.04.	2.919	6.934	18.328	3.102
14.04.	3.281	7.202	21.102	3.372
15.04.	3.728	7.582	24.490	3.764
16.04.	4.204	7.918	27.938	4.161
17.04.	4.779	8.379	32.008	4.662

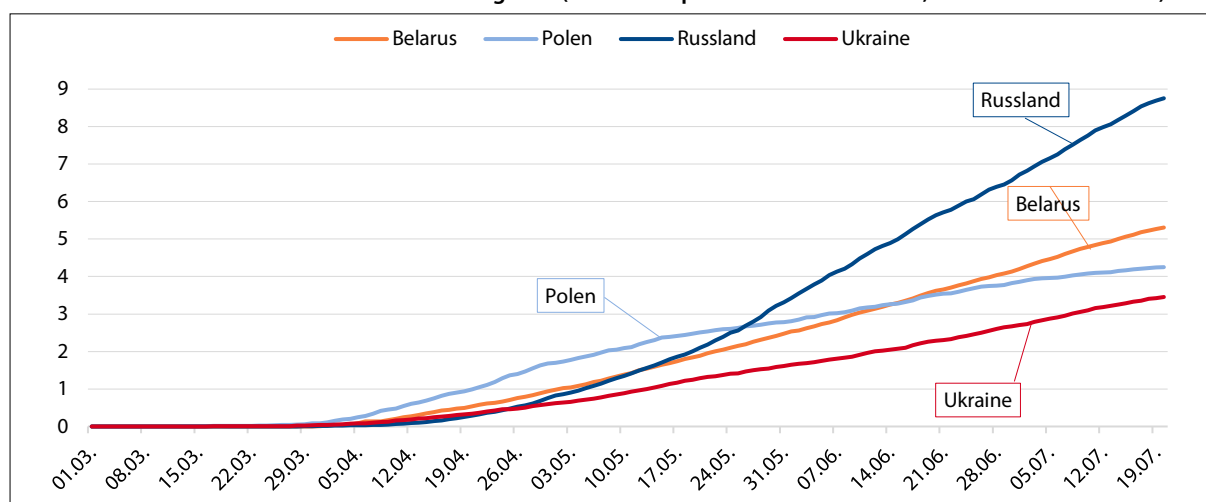
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 20. Juli 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
18.04.	4.779	8.742	36.793	5.106	04.06.	45.981	25.048	440.538	25.981
19.04.	4.779	9.287	42.853	5.449	05.06.	46.868	25.410	449.256	26.542
20.04.	6.264	9.593	47.121	5.710	06.06.	47.751	25.986	458.102	27.101
21.04.	6.723	9.856	52.763	6.125	07.06.	48.630	26.561	467.073	27.599
22.04.	7.281	10.169	57.999	6.592	08.06.	49.453	27.160	476.043	28.077
23.04.	8.022	10.511	62.773	7.170	09.06.	50.265	27.560	484.630	28.479
24.04.	8.773	10.892	68.622	7.647	10.06.	51.066	27.842	493.023	29.015
25.04.	9.590	11.273	74.588	8.125	11.06.	51.816	28.201	501.800	29.706
26.04.	10.463	11.617	80.949	8.617	12.06.	52.520	28.577	510.761	30.415
27.04.	11.289	11.902	87.147	9.009	13.06.	53.241	29.017	519.458	31.177
28.04.	12.208	12.218	93.558	9.410	14.06.	53.973	29.392	528.267	31.851
29.04.	13.181	12.640	99.399	9.866	15.06.	54.680	29.788	536.484	32.536
30.04.	14.027	12.877	106.498	10.406	16.06.	55.369	30.195	544.725	33.209
01.05.	14.917	13.105	114.431	10.861	17.06.	56.032	30.701	552.549	33.986
02.05.	15.828	13.375	124.054	11.411	18.06.	56.657	31.015	560.321	34.833
03.05.	16.705	13.693	134.687	11.913	19.06.	57.333	31.316	568.292	35.755
04.05.	17.489	14.006	145.268	12.331	20.06.	57.936	31.620	576.162	36.615
05.05.	18.350	14.431	155.370	12.697	21.06.	58.505	31.931	583.879	37.361
06.05.	19.255	14.740	165.929	13.184	22.06.	59.023	32.227	591.465	38.056
07.05.	20.168	15.047	177.160	13.691	23.06.	59.487	32.527	598.878	38.901
08.05.	21.101	15.366	187.859	14.195	24.06.	59.945	32.821	606.043	39.852
09.05.	22.052	15.651	198.676	14.710	25.06.	60.382	33.119	613.148	40.854
10.05.	22.973	15.996	209.688	15.232	26.06.	60.713	33.395	619.936	41.975
11.05.	23.906	16.326	221.344	15.648	27.06.	61.095	33.714	626.779	42.932
12.05.	24.873	16.921	232.243	16.023	28.06.	61.475	33.907	633.563	43.856
13.05.	25.825	17.204	242.271	16.425	29.06.	61.790	34.154	640.246	44.538
14.05.	26.772	17.615	252.245	16.847	30.06.	62.118	34.393	646.929	45.254
15.05.	27.730	18.016	262.843	17.330	01.07.	62.424	34.775	653.479	45.924
16.05.	28.681	18.257	272.043	17.858	02.07.	62.698	35.146	660.231	46.821
17.05.	29.650	18.529	281.752	18.291	03.07.	62.997	35.405	666.941	47.705
18.05.	30.572	18.885	290.678	18.616	04.07.	63.270	35.719	673.564	48.628
19.05.	31.508	19.268	299.941	18.876	05.07.	63.554	35.950	680.283	49.468
20.05.	32.426	19.739	308.705	19.230	06.07.	63.804	36.155	686.852	50.053
21.05.	33.371	20.143	317.554	19.706	07.07.	64.003	36.412	693.215	50.622
22.05.	34.303	20.619	326.448	20.148	08.07.	64.224	36.689	699.749	51.457
23.05.	35.244	20.931	335.882	20.580	09.07.	64.411	36.951	706.240	52.285
24.05.	36.198	21.326	344.481	20.986	10.07.	64.604	37.216	712.863	53.116
25.05.	37.144	21.631	353.427	21.245	11.07.	64.767	37.521	719.449	53.941
26.05.	38.059	22.074	362.342	21.584	12.07.	64.932	37.891	726.036	54.647
27.05.	38.956	22.473	370.680	21.905	13.07.	65.114	38.190	732.547	55.285
28.05.	39.858	22.825	379.051	22.382	14.07.	65.269	38.457	738.787	55.931
29.05.	40.764	23.155	387.623	22.811	15.07.	65.443	38.721	745.197	56.779
30.05.	41.658	23.571	396.575	23.204	16.07.	65.623	39.054	751.612	57.640
31.05.	42.556	23.786	405.843	23.672	17.07.	65.782	39.407	758.001	58.466
01.06.	43.403	24.165	414.328	24.562	18.07.	65.953	39.746	764.215	59.333
02.06.	44.255	24.395	423.186	24.895	19.07.	66.095	40.104	770.311	60.077
03.06.	45.116	24.687	431.715	25.385	20.07.	66.095	40.104	770.311	60.728

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.07.2020. 09:34 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 20. Juli 2020)

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.07.2020. 16:35 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 20. Juli 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	0	0	0	0
02.03.	0	0	0	0
03.03.	0	0	0	0
04.03.	0	0	0	0
05.03.	0	0	0	0
06.03.	0	0	0	0
07.03.	0	0	0	0
08.03.	0	0	0	0
09.03.	0	0	0	0
10.03.	0	0	0	0
11.03.	0	0	0	0
12.03.	0	1	0	0
13.03.	0	2	0	1
14.03.	0	3	0	1
15.03.	0	3	0	1
16.03.	0	4	0	1
17.03.	0	5	0	2
18.03.	0	5	0	2
19.03.	0	5	1	2
20.03.	0	5	1	3
21.03.	0	5	1	3
22.03.	0	7	1	3
23.03.	0	8	1	3
24.03.	0	10	1	3
25.03.	0	14	3	5
26.03.	0	16	3	5
27.03.	0	16	4	5
28.03.	0	18	4	9
29.03.	0	22	8	10
30.03.	0	31	9	13

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
31.03.	1	33	17	17
01.04.	2	43	24	20
02.04.	4	57	30	22
03.04.	4	71	34	27
04.04.	5	79	43	32
05.04.	8	94	45	37
06.04.	13	107	47	38
07.04.	13	129	58	45
08.04.	13	159	63	52
09.04.	16	174	76	57
10.04.	19	181	94	69
11.04.	23	208	106	73
12.04.	26	232	130	83
13.04.	29	245	148	93
14.04.	33	263	170	98
15.04.	36	286	198	108
16.04.	40	314	232	116
17.04.	42	332	273	125
18.04.	45	347	313	133
19.04.	47	360	361	141
20.04.	51	380	405	151
21.04.	55	401	456	161
22.04.	58	426	513	174
23.04.	60	454	555	187
24.04.	63	494	615	201
25.04.	67	524	681	201
26.04.	72	535	747	209
27.04.	75	562	794	220
28.04.	79	596	867	239
29.04.	84	624	972	250

Fortsetzung auf der nächsten Seite

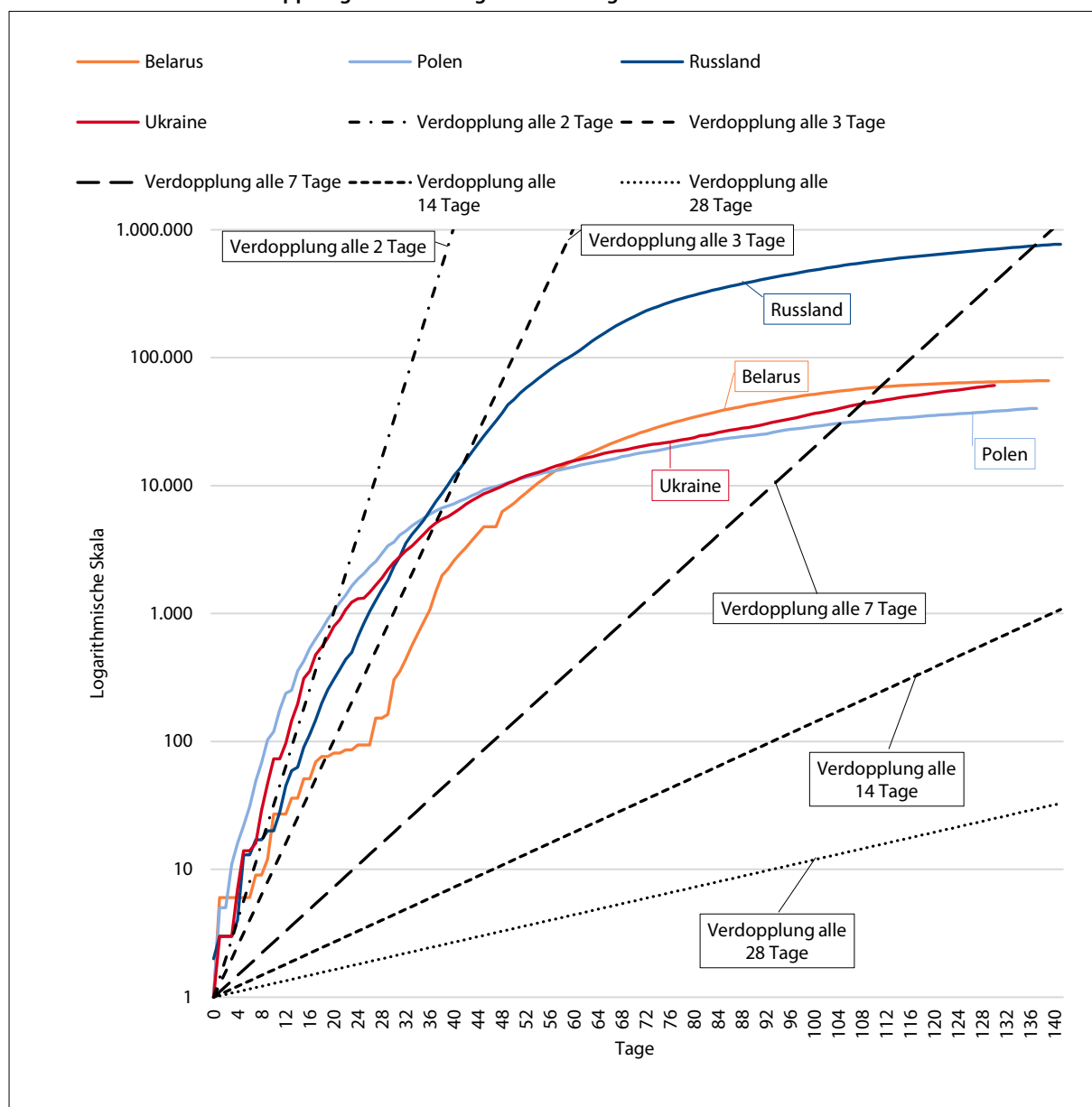
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 20. Juli 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
30.04.	89	644	1.073	261
01.05.	93	651	1.169	272
02.05.	97	664	1.222	279
03.05.	99	678	1.280	288
04.05.	103	698	1.356	303
05.05.	107	716	1.451	316
06.05.	112	733	1.537	327
07.05.	116	755	1.625	340
08.05.	121	776	1.723	361
09.05.	126	785	1.827	376
10.05.	131	800	1.915	391
11.05.	135	811	2.009	408
12.05.	142	839	2.116	425
13.05.	146	861	2.212	439
14.05.	151	883	2.305	456
15.05.	156	907	2.418	476
16.05.	160	915	2.537	497
17.05.	165	925	2.631	514
18.05.	171	936	2.722	535
19.05.	175	948	2.837	548
20.05.	179	962	2.972	564
21.05.	185	972	3.099	579
22.05.	190	982	3.249	588
23.05.	194	993	3.388	605
24.05.	199	996	3.541	617
25.05.	204	1.007	3.633	623
26.05.	208	1.024	3.807	644
27.05.	214	1.028	3.968	658
28.05.	219	1.038	4.142	669
29.05.	224	1.051	4.374	679
30.05.	229	1.061	4.555	696
31.05.	235	1.064	4.693	708
01.06.	240	1.074	4.849	724
02.06.	243	1.092	5.031	733
03.06.	248	1.115	5.208	742
04.06.	253	1.117	5.376	755
05.06.	259	1.137	5.520	770
06.06.	263	1.153	5.717	785
07.06.	269	1.157	5.851	796
08.06.	276	1.166	5.963	805
09.06.	282	1.183	6.134	818

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
10.06.	288	1.206	6.350	841
11.06.	293	1.215	6.522	864
12.06.	298	1.222	6.705	880
13.06.	303	1.237	6.819	890
14.06.	308	1.247	6.938	899
15.06.	312	1.256	7.081	911
16.06.	318	1.272	7.274	922
17.06.	324	1.286	7.468	953
18.06.	331	1.316	7.650	976
19.06.	337	1.334	7.831	995
20.06.	343	1.346	7.992	1.004
21.06.	346	1.356	8.101	1.012
22.06.	351	1.359	8.196	1.022
23.06.	357	1.375	8.349	1.045
24.06.	362	1.396	8.503	1.061
25.06.	367	1.412	8.594	1.078
26.06.	373	1.429	8.770	1.097
27.06.	377	1.435	8.958	1.121
28.06.	383	1.438	9.060	1.142
29.06.	387	1.444	9.152	1.161
30.06.	392	1.463	9.306	1.173
01.07.	398	1.477	9.521	1.188
02.07.	405	1.492	9.668	1.200
03.07.	412	1.507	9.844	1.227
04.07.	418	1.512	10.011	1.243
05.07.	423	1.517	10.145	1.265
06.07.	429	1.521	10.280	1.278
07.07.	436	1.528	10.478	1.299
08.07.	443	1.542	10.650	1.323
09.07.	449	1.551	10.826	1.344
10.07.	454	1.562	11.000	1.362
11.07.	459	1.568	11.188	1.389
12.07.	464	1.571	11.318	1.400
13.07.	468	1.576	11.422	1.415
14.07.	474	1.588	11.597	1.429
15.07.	480	1.594	11.753	1.444
16.07.	485	1.605	11.920	1.462
17.07.	491	1.612	12.106	1.473
18.07.	495	1.618	12.228	1.496
19.07.	499	1.624	12.323	1.504
20.07.	503	1.627	12.408	1.517

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 20.07.2020. 16:35 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

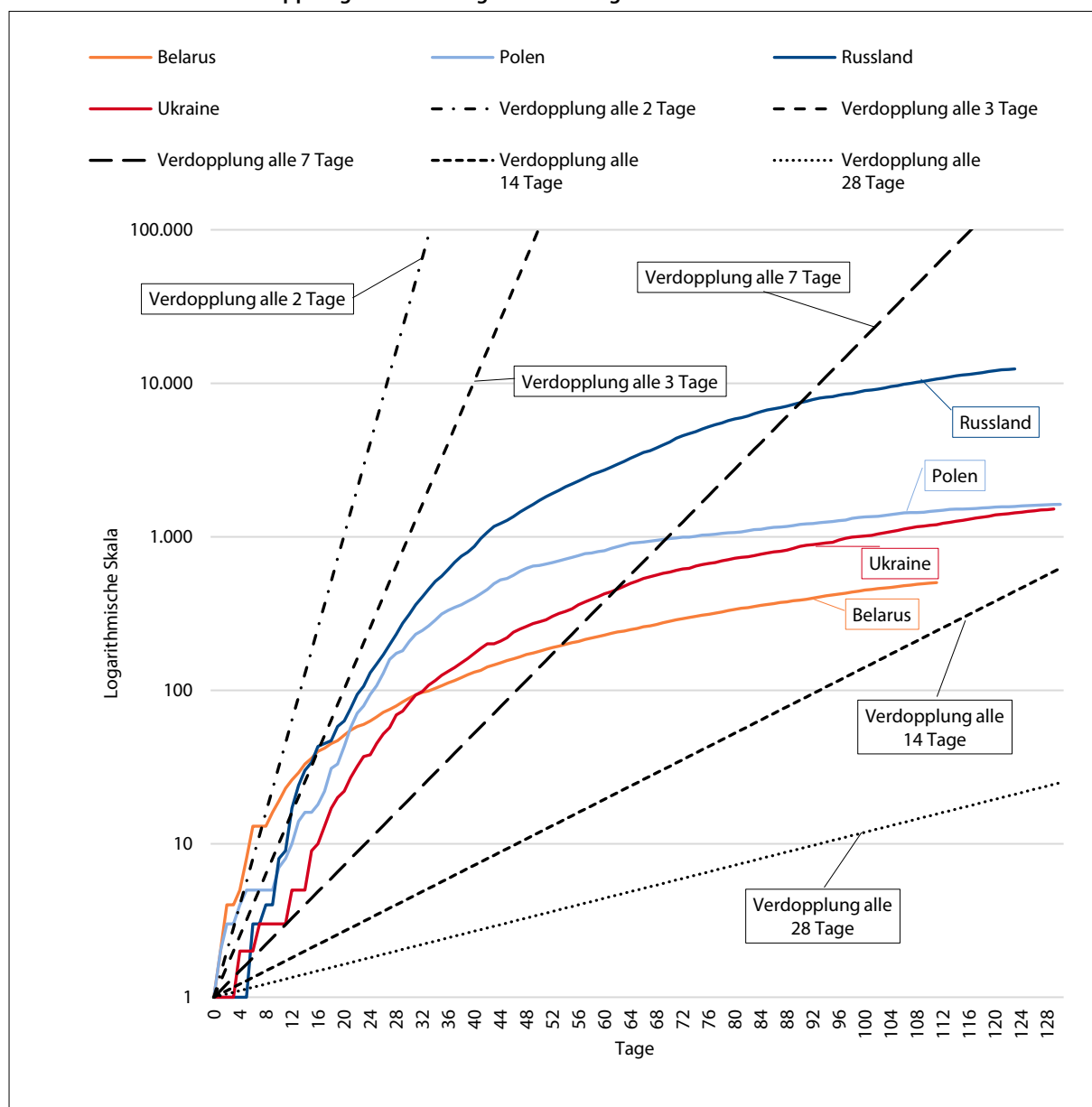
Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Fälle

Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 20.07.2020. 16:35 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 4: Covid-19-Verdopplungsraten im Vergleich: bestätigte Todesfälle



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall, oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 20.07.2020, 16:35 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 30. Mai – 21. Juni 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle in Russland*	Ereignis
30.05.2020	396.575	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.952 auf insgesamt 396.575 angestiegen.
30.05.2020	396.575	Der Außenminister, Sergej Lawrow, meldet, dass 25.153 russische Staatsbürger zurück in ihr Heimatland kehren wollen. Sie konnten keine Heimreise wegen des Ausbruchs der weltweiten Covid-19-Pandemie organisieren. Für die Rückkehr will das Außenministerium in den kommenden Tagen 10 Maschinen chartern.
30.05.2020	396.575	Michail Mischustin hat eine Verordnung unterschrieben, der zufolge auch private medizinische Einrichtungen für die Behandlung von Covid-19-Patienten Subventionen für Zuschläge für medizinisches Personal vom Staat erhalten sollen.
31.05.2020	405.843	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.268 auf insgesamt 405.843 Fälle angestiegen, und damit erstmals auf mehr als 400.000 Fälle. Es starben innerhalb eines Tages 138 Menschen an den Folgen des Coronavirus, davon allein in Moskau 69 Menschen. Damit steigt die Gesamtzahl der Toten auf 4.693 an. 171.883 Menschen sind seit Ausbruch der Pandemie vom Virus genesen, was einem Drittel aller Erkrankten entspricht. Aktuell gibt es im Land 229.267 aktive Covid-19-Fälle. In der Region Moskau gab es 757 Neuinfektionen und in St. Petersburg 369. Der Ansteckungskoeffizient stieg über den kritischen Wert von 1,0 auf 1,01 an.
31.05.2020	405.843	Der Krisenstab der Regionalregierung von Saratow meldet über 100 Neuansteckungen mit dem Covid-19-Virus in einer psychiatrischen Einrichtung in der Region Saratow.
31.05.2020	405.843	Das Gesundheitsministerium hat das erste Anti-Covid-19-Präparat registriert. »Awifawir« ist ein seit 2014 in Japan zulässiges und dort entwickeltes Medikament, das bei schweren Verläufen von Grippeerkrankungen verabreicht wird. In Russland wird die Einnahme nur in Krankenhäusern und unter ärztlicher Aufsicht erlaubt sein.
31.05.2020	405.843	Der tschetschenische Ministerpräsident, Ramzan Kadyrow, hat die Ankunft von medizinischen Hilfsgütern aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in den kommenden Tagen für Tschetschenien und Dagestan angekündigt. Diese sollen aus 25.000 Covid-19-Tests, 15.000 Schutzanzügen, 500.000 Handschuhen und 50.000 Masken, Überschuhen, Desinfektionsmittel und Einwegtüchern bestehen. Nach Angaben des Gesundheitsministers von Tschetschenien sind in der Republik 1.227 Fälle von Covid-19-Infektionen verzeichnet. Davon starben 13 Menschen.
01.06.2020	414.878	In einigen Regionen des Föderationskreises Zentralrussland werden die Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus gelockert. In der Oblast Tula und der Oblast Kursk werden die Einreisebeschränkungen aufgehoben. Außerdem werden Einkaufszentren bis zu einer Größe von 400 Quadratmetern wieder öffnen. Auch Restaurants dürfen ihre Außenterrassen wieder nutzen. Das Tragen einer Atemschutzmaske in der Öffentlichkeit wird obligatorisch, in der Oblast Kursk bleibt es Pflicht. In die Oblast Kostroma ist eine Einreise ohne Anordnung einer 14-tägigen Quarantäne nun mit Hilfe einer ärztlichen Bescheinigung möglich. In der Oblast Rjasan und der Oblast Orjol dürfen Schönheits- und Friseursalons wieder öffnen, außerdem Einzelhandelsgeschäfte im Non-Food-Bereich bis 400 Quadratmeter Größe. Erlaubt sind auch größere Versammlungen unter der Voraussetzung, dass alle Teilnehmer Atemschutzmasken und Handschuhe tragen. Außerdem dürfen in Orjol Schwimmbäder, Massagesalons und Saunas wieder öffnen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid- 19-Fälle in Russland*	Ereignis
01.06.2020	414.878	In einigen Regionen des Föderationskreises Wolga werden die Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus gelockert. In der Oblast Saratow dürfen Einzelhandelsgeschäfte im Non-Food-Sektor bis zu einer Größe von 400 Quadratmetern wieder öffnen, außerdem Schönheitssalons. Spaziergänge und Sport im Freien sind wieder erlaubt. Auch in der Oblast Uljanowsk und der Oblast Udmurtien ist Sport im Freien mit einem Abstand von fünf Metern zwischen den Sportlern wieder erlaubt. In Uljanowsk öffnen auch Fitnesscenter unter Auflagen wieder. In der Republik Mari El ist der Besuch von Gottesdiensten wieder gestattet. Allerdings dürfen nicht mehr als 4 Personen pro Quadratmeter anwesend sein, in Kirchen über 100 Quadratmeter Größe sind nur bis zu 100 Personen erlaubt. In der Oblast Nishnij Nowgorod dürfen Friedhöfe wieder betreten werden.
01.06.2020	414.878	In den Regionen der Föderationskreise Süd- und Nordkaukasus treten unterschiedliche Phasen der Maßnahmenlockerungen ein, da die Ausbreitung des Coronavirus abnimmt. Die Regionen Krasnodar, Stawropol sowie die Republik Krim beginnen mit den Vorbereitungen zur Wiedereröffnung von Sanatorien und Ferienlagern. Der Präsident der Republik Nordossetien, Wjatscheslaw Bitarow, unterzeichnet hingegen ein Dekret zur Verlängerung der seit Anfang April geltenden arbeitsfreien Zeit bis zum 14. Juni 2020. Gleichzeitig ist Sport im Freien für bis zu zwei Personen mit einem Abstand von mindestens fünf Metern wieder erlaubt.
01.06.2020	414.878	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 9.035 auf insgesamt 414.878 angestiegen. Offiziell gibt es 4.855 Todesfälle.
01.06.2020	414.878	Andrej Worobjew, Gouverneur der Oblast Moskau, unterzeichnet ein Dekret zur Aufhebung der für Schönheits- und Massagesalons sowie Spas geltenden Beschränkungen im Zuge der Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus.
02.06.2020	423.741	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.863 auf insgesamt 423.741 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 2.286. Offiziell gibt es 5.037 Todesfälle.
02.06.2020	423.741	Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die Auswahl von 50 Freiwilligen aus den Reihen der russischen Armee zum Test eines Impfstoffes gegen Covid-19 abgeschlossen sei. Die Teilnahme an der Testreihe beruht auf Freiwilligkeit, ausgewählt wurden fünf Frauen und 45 Männer.
02.06.2020	423.741	Die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastasija Rakowa gibt bekannt, dass die im Zuge der Coronavirus-Pandemie errichteten Behelfskrankenhäuser in Moskau für mindestens ein Jahr in Betrieb bleiben werden. Im Stadtgebiet gibt es fünf solcher Krankenhäuser mit insgesamt 10.000 Betten.
03.06.2020	432.277	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.536 auf insgesamt 432.277 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.842. Dies ist der geringste Zuwachs in der Hauptstadt innerhalb von 24 Stunden seit dem 17. April 2020. Offiziell gibt es 5.215 Todesfälle.
03.06.2020	432.277	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet ein Dekret, das es russischen Krankenhäusern erlaubt, ihren Regelbetrieb wieder aufzunehmen. Geplante Behandlungen dürfen ab sofort wieder durchgeführt werden. Auch Krankenhäuser, die zur Behandlung von Coronavirus-Erkrankten umgebaut wurden, dürfen – sofern es die Infektionssituation in den Regionen erlaubt – ihren Regelbetrieb wieder aufnehmen.
04.06.2020	441.108	Für die Einreise in die Oblast Sachalin wird die Vorlage eines negativen Tests auf eine Covid-19-Infektion ab dem 11. Juni 2020 obligatorisch. Bisher ist eine 14-tägige Quarantäne sowie der Besitz eines digitalen Passierscheins verpflichtend. In der Oblast gibt es aktuell 149 offiziell gemeldete Fälle einer Covid-19-Infektion.
04.06.2020	441.108	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.831 auf insgesamt 441.108 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.998. Offiziell gibt es 5.384 Todesfälle.

Datum	Offiziell bestätigte Covid- 19-Fälle in Russland*	Ereignis
04.06.2020	441.108	Der russische Präsident Wladimir Putin fordert die Unterstützung des Militärs im Kampf gegen das Coronavirus in der Region Transbaikalien. Wie bereits in anderen Regionen Russlands soll es beim Aufbau eines mobilen Krankenhauses helfen. In Transbaikalien gibt es bisher 1.257 offiziell bestätigte Fälle einer Covid-19-Infektion. 24 Menschen starben.
05.06.2020	449.834	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.726 auf insgesamt 449.834 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.855. Offiziell gibt es 5.528 Todesfälle.
05.06.2020	449.834	Der Gouverneur von St. Petersburg, Aleksandr Beglow, gibt bekannt, dass ab dem 08. Juni 2020 Non-Food-Geschäfte mit einer Fläche von bis zu 400 Quadratmetern wieder öffnen dürfen. Voraussetzung ist, dass sich nicht mehr als vier Kunden je Quadratmeter gleichzeitig in den Räumlichkeiten aufhalten. Die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Beschränkungen waren zuvor bis zum 14. Juni 2020 verlängert worden.
06.06.2020	458.689	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.855 auf insgesamt 458.689 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.992. Offiziell gibt es 5.725 Todesfälle.
07.06.2020	467.673	Die Region Primorje nimmt die Pflicht einer 14-tägigen Quarantäne nach Ankunft in der Region zurück. Ab sofort dürfen Reisende ohne Covid-19-Symptome unter Angabe ihrer persönlichen Daten und ihres Aufenthaltsortes wieder einreisen, ohne sich in Quarantäne begeben zu müssen. In der Region wurden bisher 2.313 Infektionsfälle registriert, es gibt 22 Todesopfer.
07.06.2020	467.673	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.984 auf insgesamt 467.673 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.956. Offiziell gibt es 5.859 Todesfälle.
08.06.2020	476.658	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.985 auf insgesamt 476.658 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 2.001. Offiziell gibt es 5.971 Todesfälle.
08.06.2020	476.658	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin unterzeichnet ein Dekret, mit dem die schrittweise Aufhebung der aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus beschlossenen Beschränkungen festgelegt wird. Das Dekret sieht drei Stufen vor. Zunächst werden ab dem 09. Juni 2020 die Pflicht zur Mitführung eines digitalen Passierscheins sowie die Kontaktbeschränkungen aufgehoben. Ab dem 16. Juni 2020 sollen Museen wieder öffnen dürfen sowie Arztpraxen ihren Regelbetrieb wieder aufnehmen. Als letzter Schritt soll am 23. Juni 2020 die Öffnung von Fitnessclubs und Schwimmbädern erfolgen. Auch die Kindergärten werden dann wieder öffnen. Restaurants und Cafés sollen ab dem 16. Juni 2020 zunächst ihre Außenterrassen in Betrieb nehmen dürfen, ab dem 23. Juni 2020 dann auch ihre Innenräume.
09.06.2020	485.253	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.595 auf insgesamt 485.253 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.572. Offiziell gibt es 6.142 Todesfälle.
09.06.2020	485.253	Die Republik Krim hebt die 14-tägige-Quarantänepflicht für Einreisende aus Russland ab dem 15. Juni 2020 auf. Gleichzeitig bleibt diese jedoch für Besucher aus dem Ausland bestehen. Auch die Kontaktbeschränkungen werden aufgehoben. Ab dem 01. Juli 2020 dürfen wieder Touristen aus anderen russischen Regionen einreisen. Auf der Krim gibt es bisher 457 bestätigte Fälle einer Covid-19-Infektion, 14 Menschen starben.
10.06.2020	493.657	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.404 auf insgesamt 493.657 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.195. Offiziell gibt es 6.358 Todesfälle.
11.06.2020	502.436	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.779 auf insgesamt 502.436 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.436. Offiziell gibt es 6.532 Todesfälle.

Datum	Offiziell bestätigte Covid- 19-Fälle in Russland*	Ereignis
11.06.2020	502.436	In der Oblast Moskau ist es der Gastronomie ab dem 12. Juni 2020 wieder erlaubt, ihre Außenbereiche für Gäste zu öffnen. Dies kündigte Gouverneur Andrej Worobjew an. Die Schließung war eine der Maßnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus.
11.06.2020	502.436	Mike Ryan, Leiter des Nothilfeprogramms der Weltgesundheitsorganisation, weist auf die ungewöhnliche niedrige Zahl an Todesfällen im Verhältnis zur Anzahl an Covid-19-Erkrankten in Russland hin. In diesem Zusammenhang betont er die Bedeutung einer transparenten Methode zur Ermittlung der Todesursache bei Covid-19-Patienten. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, hält die niedrige Sterblichkeit nicht für ungewöhnlich und verweist auf das gut ausgebaute russische Gesundheitssystem.
12.06.2020	511.423	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.987 auf insgesamt 511.423 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.714. Offiziell gibt es 6.715 Todesfälle.
13.06.2020	520.129	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.706 auf insgesamt 520.129 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.493. Offiziell gibt es 6.829 Todesfälle.
14.06.2020	528.964	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 8.835 auf insgesamt 528.964 angestiegen. Die meisten neuen Infektionsfälle gibt es in Moskau mit 1.477. Offiziell gibt es 6.948 Todesfälle.
15.06.2020	537.210	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 8.246 auf insgesamt 537.210 angestiegen. Dies ist der niedrigste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit dem 1. Mai 2020. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.359 Neuinfektionen. Offiziell gibt es bisher insgesamt 7.091 Todesfälle.
15.06.2020	537.210	Laut einer Analyse offizieller Daten aller russischen Städte hatte die Stadt St. Petersburg im April die höchste Sterblichkeitsrate an Covid-19-Patienten zu verzeichnen. Dies berichtet die »Moscow Times« unter Berufung auf die Statistikbehörde »Rosstat«. Demnach verzeichnete St. Petersburg 200 Todesfälle, bei denen Covid-19 die Todesursache war oder einen »signifikanten Einfluss« auf den Tod der Patienten hatte.
15.06.2020	537.210	Laut Berichten der regierungsnahen Zeitung »Rossijskaja Gaseta« haben russische Beamte Hotels aufgefordert, unverheirateten Paaren den Check-In zu verweigern. Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« verlange Stellungnahmen von Hotels, in denen unverheiratete Paare sich ein Zimmer geteilt hätten. Mit dieser Maßnahme solle einer Ausbreitung des Coronavirus entgegengewirkt werden.
15.06.2020	537.210	Die Oblast Pensa, die Oblast Jakutsk sowie die Oblast Tscheljabinsk sagen die anlässlich des 75. Jahrestags des Sieges auf den 24. Juni 2020 verschobenen Militärparaden ab. Begründet wird die Absage jeweils mit der aktuellen epidemiologischen Situation und der Ausbreitung des Coronavirus in den Regionen. Bisher haben mindestens zehn russische Städte die Feierlichkeiten abgesagt oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.
16.06.2020	545.458	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin unterzeichnet ein Dekret, wonach Cafés und Restaurants unter Auflagen ihre Außenterrassen öffnen dürfen. Auch Museen und Zoos dürfen den Betrieb wieder aufnehmen. Die Schließung der Einrichtungen Anfang April war eine der Maßnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus.
16.06.2020	545.458	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 8.248 auf insgesamt 545.458 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.416 Neuinfektionen. Offiziell gibt es bisher insgesamt 7.248 Todesfälle.
17.06.2020	553.301	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 7.843 auf insgesamt 553.301 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.065 Neuinfektionen. Dies ist der geringste Zuwachs in der russischen Hauptstadt seit dem 12. April 2020. Offiziell gibt es bisher insgesamt 7.478 Todesfälle.
18.06.2020	561.091	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 7.790 auf insgesamt 561.091 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.040 Neuinfektionen. Offiziell gibt es bisher insgesamt 7.660 Todesfälle.

Datum	Offiziell bestätigte Covid- 19-Fälle in Russland*	Ereignis
18.06.2020	561.091	Michail Ignatjew, Ex-Oberhaupt der russischen autonomen Republik Tschuwaschien, verstirbt am Coronavirus. Ignatjew war neun Jahre lang Oberhaupt der Republik gewesen. Im Januar 2020 entließ ihn der russische Präsident Wladimir Putin nach zwei öffentlichkeitswirksamen Vorfällen wegen »Vertrauensverlust«. Er wurde auch aus der Regierungspartei »Einiges Russland« ausgeschlossen. Ignatjew hatte unter anderem einen Feuerwehrmann gezwungen, bei der Übergabe eines neuen Fahrzeugs nach den Fahrzeugschlüsseln zu springen. Ende Mai war bekannt geworden, dass Ignatjew gegen seine Entlassung Klage beim Obersten Gerichtshof eingereicht hatte.
19.06.2020	569.063	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 7.972 auf insgesamt 569.063 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.136 Neuinfektionen. Offiziell gibt es bisher insgesamt 7.841 Todesfälle.
19.06.2020	569.063	Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« kündigt an, dass noch im Juni eine groß angelegte Studie in 22 russischen Regionen zur Covid-19-Immunitätsrate bei Kindern und Erwachsenen starten wird.
19.06.2020	569.063	Die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass insgesamt 53 russische Regionen die erste Phase der Lockerungen der im Zuge der Bekämpfung einer Ausbreitung des Coronavirus erlassenen Beschränkungen erreicht haben; in neun Regionen gelten bereits die Regelungen der zweiten Lockerungsphase.
19.06.2020	569.063	In der Oblast Moskau ist es Non-Food-Einzelhandelsgeschäften beliebiger Größe ab dem 25. Juni 2020 wieder erlaubt, zu öffnen. Bisher war nur die Öffnung bis zu insgesamt 400 Quadratmetern Verkaufsfläche erlaubt gewesen. Die Beschränkungen galten wegen der Covid-19-Pandemie.
20.06.2020	576.952	Der Gouverneur von Kaliningrad, Anton Alichanow, gibt bekannt, dass in der Oblast die zweite Stufe der Lockerung der durch das Coronavirus bedingten Beschränkungen eingeführt wird. Ab sofort dürfen gastronomische Betriebe ihre Außenbereiche öffnen. Museen dürfen öffnen. Auch eine teilweise Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen ist geplant, sofern die epidemiologische Situation stabil bleibt.
20.06.2020	576.952	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 7.889 auf insgesamt 576.952 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.057 Neuinfektionen. Offiziell gibt es bisher insgesamt 8.002 Todesfälle.
21.06.2020	584.680	Der russische Präsident Wladimir Putin verleiht die staatliche Auszeichnung »Held der Arbeit« an fünf Ärzte für ihren Einsatz im Kampf gegen das Coronavirus. Außerdem regte er an, die Zulagen für Ärzte, die mit Covid-19 infizierte Patienten behandeln, bis August weiter zu zahlen.
21.06.2020	584.680	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Fälle ist in Russland in den vergangenen 24 Stunden um 7.728 auf insgesamt 584.680 angestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 968 Neuinfektionen. Die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden lag in Moskau damit das erste Mal seit dem 9. April 2020 unter 1.000. Offiziell gibt es bisher insgesamt 8.111 Todesfälle.
21.06.2020	584.680	In der russischen Teilrepublik Tschetschenien werden ab dem 22. Juni 2020 die seit April geltenden Ausgangsbeschränkungen zurückgenommen. Gleichzeitig bleibt die Pflicht zum Tragen einer Atemschutzmaske in der Öffentlichkeit bestehen, Massenveranstaltungen bleiben verboten. Diese Maßnahmen sind Teil der Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus.

* Johns Hopkins Universität, Stand 21.06.2020

Zusammengestellt von Alena Schwarz

30. Mai – 20. Juni 2020

30.05.2020	In der Stadt Sunsha ist das Regime der Konterrevolutionären Operation beendet worden, nachdem zwei Kämpfer nach einer Schießerei mit Sicherheitskräften liquidiert worden waren.
30.05.2020	Eine Kommission der Vereinten Nationen konnte keine Verstöße im Zusammenhang mit der Auslieferung von in Russland gedruckten Banknoten an die Zentralbank Libyens feststellen. Die Banknoten wurden auf Malta mit der Vermutung auf Falschgeld sichergestellt. »Gossnak«, die russische staatliche Wertpapierdruckerei, die u. a. auch Banknoten druckt, stellte allerdings klar, dass die von der libyschen Zentralbank in Auftrag gegebenen Banknoten auf zwei verschiedenen leicht voneinander abweichenden Mustern basieren.
31.05.2020	Der Parteivorsitzende Dmitrij Medwedew hat die Durchführung der Online-Vorwahlen der Partei »Einiges Russland« gerechtfertigt. Die Durchführung über das Internet hat viele Ressourcen eingespart, mit denen stattdessen die Bevölkerung unterstützt werden könnte.
01.06.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin gibt bekannt, dass die Abstimmung über die geplante Verfassungsänderung am 01. Juli 2020 stattfinden wird. Diese war ursprünglich im April geplant, jedoch wegen der Coronavirus-Pandemie auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben worden. Eine Abstimmung per Briefwahl ist nicht vorgesehen. Die Verfassungsänderung sieht unter anderem die Nullsetzung der Amtszeiten Putins vor. Dies bedeutet, dass er bis 2036 im Amt bleiben könnte. Außerdem soll die Rolle des Präsidenten gestärkt werden und russisches Recht soll Vorrang vor internationalen Rechtsnormen bekommen. Gegen die geplanten Änderungen gibt es massive Kritik von der Opposition.
01.06.2020	Der russische Arbeitsminister Anton Kotjakow gibt bekannt, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Russland derzeit bei 2,9 Millionen liegt.
02.06.2020	Die Einfuhr von Treibstoffen ist in Russland vorübergehend verboten. Das Importverbot für Erdölprodukte gilt zunächst bis zum 01. Oktober 2020. Es betrifft Benzin, Diesel, Schiffsdiesel sowie Gasoline. Das Verbot wird mit dem Rückgang der Weltmarktpreise für Rohöl und des starken Rückgangs der Nachfrage nach Erdölprodukten begründet.
02.06.2020	Die Chefredakteurin des Radiosenders »Echo Moskwy«, Tatjana Felgengauer, sowie der Radiomoderator Aleksandr Pljuschtschew wenden sich mit der Bitte um Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Polizeibeamten bei ihrer Verhaftung am 29. Mai 2020 an das Ermittlungskomitee. Die beiden Journalisten waren festgenommen worden, als sie in Moskau für einen Bericht über Streikposten recherchierten. Ihnen wird ein Verstoß gegen die aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus geltenden Hygienevorschriften vorgeworfen.
03.06.2020	Der russische Ölkonzern »Rosneft« schüttet insgesamt 191,5 Milliarden Rubel Dividende (etwa 2,5 Milliarden Euro) an seine Aktionäre aus.
03.06.2020	Im Fall des Austritts von 200.00 Tonnen Diesel aus dem Tanklager eines Wärmekraftwerks in Norilsk ruft der russische Präsident Wladimir Putin den nationalen Notstand aus und ordnet Maßnahmen zur Eindämmung an. Der Unfall ereignete sich am 29. Mai in einem vom russischen Rohstoffproduzenten »Nornickel« betriebenen Kraftwerk. Die russische Regierung erfuhr erst zwei Tage später von der Katastrophe.
05.06.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin gibt eine grundlegende Überarbeitung der Umweltgesetzgebung in Auftrag. Außerdem wird die russische Umweltaufsichtsbehörde (»Rosprirodnadsor«) Inspektionen an Anlagen ähnlichen Typs wie in Norilsk durchführen. Damit sollen in Zukunft ähnliche Vorfälle wie der Zwischenfall in Norilsk am 29. Mai 2020 verhindert werden. Dort gelangten große Mengen Diesel aus einem Heizkraftwerk in die Umwelt. Die russische Regierung erfuhr erst zwei Tage später von dem Unglück. Die Aufräumarbeiten dauern noch an.
06.06.2020	Nach der Ausweisung zweier russischer Diplomaten aus der Tschechischen Republik am 05. Juni 2020 kündigt die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, ähnliche Schritte an. Die Ausweisung der Diplomaten erfolgt aufgrund eines Vorfalls, der sich Anfang April 2020 ereignet haben soll. Medien berichteten damals, ein russischer Diplomat habe den Auftrag gehabt, unter anderem den Prager Bürgermeister zu vergiften. Die russische Seite dementierte die Berichte.
08.06.2020	Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ist erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates des russischen Ölkonzerns »Rosneft« gewählt worden. Dies teilte das Unternehmen mit. Schröder hat diese Position seit September 2017 inne.

11.06.2020	Das Finanzministerium der Russischen Föderation gibt bekannt, dass das Haushaltsdefizit im Mai bei 655,77 Milliarden Rubel (etwa 8,3 Milliarden Euro) lag. Die Einnahmen beliefen sich auf 888,9 Milliarden Rubel (etwa 11,3 Milliarden Euro). Dies ist der schlechteste Wert der vergangenen vier Jahre. Grund für das Defizit sind die aufgrund der Covid-19-Quarantänebeschränkungen rückläufigen Einnahmen sowie die sinkenden Einnahmen aus der Ausfuhr von Erdöl und Erdgas.
12.06.2020	Mit einer feierlichen Zeremonie nimmt die Nordflotte in Sewerodwinsk ein neues Atom-U-Boot in Betrieb.
12.06.2020	Aus Anlass des russischen Nationalfeiertags »Tag Russlands« nimmt Präsident Wladimir Putin an einer Zeremonie auf dem Poklonnaja Gora (dt. Poklonnaja Hügel) teil. Nach dem Hissen der Nationalflagge überreicht der Präsident verschiedenen Personen die Auszeichnung »Held der Arbeit«. Putin nimmt ohne die in Moskau eigentlich vorgeschriebene Schutzkleidung an den Feierlichkeiten teil.
14.06.2020	Im »Park Patriot«, nahe Moskau, wird eine neue Kathedrale eingeweiht. Die »Kirche des Sieges« ist den russischen Streitkräften gewidmet. Sie ist die drittgrößte Kirche Russlands und wurde in einer Rekordzeit von nur zwei Jahren erbaut. Die Kirche ist mit Panzern und Waffen verziert. Im Vorfeld hatte es Debatten über die Gestaltung der Wände gegeben, als bekannt wurde, dass ein überlebensgroßes Mosaik des derzeitigen russischen Präsidenten Wladimir Putin angebracht worden war. Nach heftiger Kritik wurde das Bildnis jedoch wieder entfernt.
15.06.2020	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt den US-Bürger Paul Whelan zu 16 Jahren Haft wegen Spionage. Whelan war im Dezember 2018 verhaftet worden und saß seitdem in russischer Untersuchungshaft. Whelan sei, laut Ermittlungen des russischen Geheimdienstes FSB, auf frischer Tat ertappt worden, als er einen USB-Stick mit sensiblen Daten erhalten habe. Whelan, der dem US-Militär angehört, bestreitet die Vorwürfe. Sein Anwalt will das Urteil anfechten.
15.06.2020	Russland weist wie angekündigt zwei tschechische Diplomaten aus. Begründet wird die Entscheidung mit dem sogenannten »Gegenseitigkeitsprinzip«, das im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen geregelt ist. Tschechien hatte aufgrund eines diplomatischen Vorfalls im April am 5. Juni 2020 zwei russische Botschaftsmitarbeiter des Landes verwiesen.
15.06.2020	Der Direktorenrat der liberalen Zeitung »Wedomosti« wählt Andrej Schmarow zum neuen Chefredakteur. Dieser hatte die Stelle seit dem Verkauf des Mediums an die Unternehmer Konstantin Sjatkow und Aleksej Golubowitsch im März 2020 inne. Kurz nach Bekanntwerden der Personalentscheidung trat der bisherige Chefredakteur Ilja Bulawinow zurück. Außerdem kündigte die gesamte Redaktion an, das Medium zu verlassen.
17.06.2020	Die russische Nachrichtenagentur »Interfax« berichtet unter Berufung auf interne Quellen, dass die Regierungen Russlands und der USA über einen Gefangenenaustausch verhandeln. Konkret geht es um den Austausch des vor kurzem in Russland wegen Spionage verurteilten US-Amerikaners Paul Whelan gegen die in den USA inhaftierten Russen Wiktor But und Konstantin Jaroschenko. Der Waffenhändler But war 2011 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er Waffen an die sozialrevolutionäre Guerillabewegung »FARC« in Kolumbien zu verkaufen plante. Der Pilot Jaroschenko wurde 2011 zu 20 Jahren Gefängnis wegen Drogenschmuggels verurteilt.
18.06.2020	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (»Roskomnadsor«) hebt die seit April 2018 bestehende Blockierung des Messengerdienstes »Telegram« auf. »Roskomnadsor« hatte den Dienst 2018 gesperrt, weil er sich weigerte, dem russischen Inlandsgeheimdienst seine Entschlüsselungscodes zu übergeben. Zur Wende kam es nun durch einen Vorschlag zweier Abgeordneter der russischen Staatsduma. Demnach solle es Staatsdiensten untersagt werden, Internetdienste zu blockieren, über die der russische Staat sich im Notfall an die Bevölkerung wenden könne. Dieses Ansinnen unterstützt der Telegram-Inhaber Pawel Durov.
18.06.2020	Die Europäische Union verlängert die als Reaktion auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 verhängten Sanktionen in Bezug auf die Krim und Sewastopol um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2021.
19.06.2020	Im Gebiet um Norilsk, wo am 29. Mai 2020 20.000 Tonnen Diesel aus dem Tanklager eines Wärmekraftwerks ausgetreten waren, wurden bereits 103.000 Tonnen kontaminierter Erde entfernt. Dies teilte das russische Notfallministerium mit. Die Aufräumarbeiten dauern an.
19.06.2020	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum April 2020 im Mai 2020 um 227.000 Menschen auf insgesamt 4,5 Millionen angestiegen sei. Damit lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 6,1 %. Dies ist der höchste Wert seit März 2012.
20.06.2020	Die russische Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass seit Jahresbeginn in Folge von mehr als 6.000 Bränden bereits eine Fläche von 990.000 Hektar Wald in Russland abgebrannt ist.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

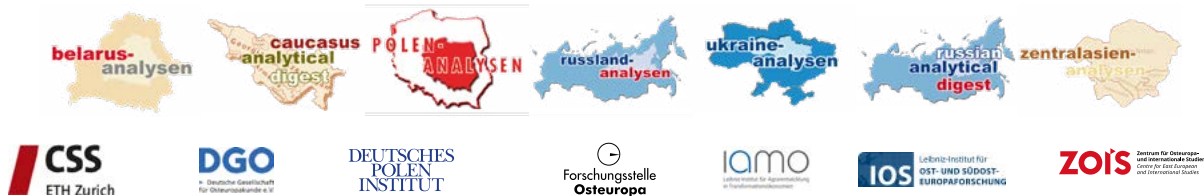
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.